

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 67 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postzeitung 3,97 M., einschließlich 60 Pf.
Postzeitungs- und 72 Pf. Postbefrei-
gungen. Auslandabonnements 8,05 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Postzuschuss 4,05 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Resttags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Sonntagsbeilage
„Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. N. O. u. D. B. - G. e. l., Depotskont., Jerusalemstr. 65-66.

Freitag
29. Januar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 60 Pf.
Zweispaltige 1,20 M. „Kleine An-
zeigen“ das selbige. Sonntagsblätter
jeweils 10 Pf. Abdruck 12. Tarif.
Werbung über 10 Spalten zahlen für
zwei Monate. Familienanzeigen Millime-
terzeile 15 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäftsbüro Lindenstr. 3,
wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
lösung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Schafft Munition für die Eisernerne Front!

Das Eisernerne Buch liegt auf! Freiheitlich gesinnte Männer und Frauen zeichnet euch ein!

Die unbeugsame Entschlossenheit der deutschen Republikaner, in diesem Jahre schwerster poli-
tischer Entscheidungen den Ungeist der volks- und staatsverderbenden Hakenkreuzbewegung nieder-
zuzwingen, hat sichtbaren Ausdruck in der „Eisernen Front“ gefunden. Wenige Wochen haben genügt,
diese Kampfgemeinschaft aller freiheitlich gesinnten Männer und Frauen erstehen zu lassen.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Sieg ist die Sicherung der finanziellen Rüstung. Den
Republikanern stehen nicht die Millionen zur Verfügung, mit denen Interessenten staatsfeindliche
Privatarmeen finanzieren. Die deutschen Republikaner sind auch finanziell auf die eigene Kraft an-
gewiesen. Mit ihrem Kampfwillen muß ein Opfersinn verbunden sein, wie er der Größe der kom-
menden Entscheidungen entspricht. Im Vertrauen auf diesen Opfersinn rufen wir alle freiheitlich ge-
sinnnten Berliner zur

Rüstwoche der Eisernen Front 31. Januar bis 7. Februar

In dieser Woche gilt es, die Munition für die Eisernerne Front zu schaffen. Nicht in heimlichen Samm-
lungen, sondern durch öffentliche Einzeichnung in das Eisernerne Buch, das in den Sammelstellen aufliegt.
Die Sammelstellen werden demnächst bekannt gegeben.

Der Opfersinn wird geadelt durch den Mut, sich öffentlich zu der republikanischen Kampfgemein-
schaft zu bekennen. Es kommt nicht auf die Höhe des Beitrages an; der Groschen des Arbeitslosen
wiegt tausendfach gegenüber den Markstücken dessen, der noch eine gesicherte Existenz hat. Es
kommt darauf an, den Kampfwillen der Republikaner aller Schichten öffentlich zu manifestieren. So ist
die Rüstwoche zugleich

eine erste große Musterung der Eisernen Front!

Nichts für uns, alles für Deutschland! Der Weg zur Einzeichnung ist der Beginn des Marsches für
den Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos!

Die Kampfleitung der Eisernen Front für Groß-Berlin.

Arbeitsbeschaffung!

Löbe bei Brüning. — Pläne der Reichsregierung.

Reichspräsident Brüning hatte gestern Abend mit dem
Reichskanzler Brüning eine längere Unterredung, die sich in der
Hauptfrage um das Problem der Arbeitsbeschaffung drehte.

Die Unterhaltung ging von einer Rede aus, die Genosse Löbe
kürzlich in Breslau gehalten hatte. Dort hatte er einen großzügigen
Plan entworfen, wie durch die

Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten

für eine Million Menschen Erwerbsmöglichkeiten eröffnet werden
könnten. In erster Linie wurde dabei Ausbau und Verbesserung von
Eisenbahnhäfen, Anlage von Staubecken, Brücken usw. ins Auge
gefaßt. Soweit die Mittel nicht durch Verminderung der Ausgaben
für Arbeitslosenunterstützung und erhöhte Steuereinnahmen herbeigekommen,
sollten sie auf dem Wege der Kreditvermehrung beschafft werden. Löbe versprach sich von der schlagartigen In-
angriffnahme eines solchen Plans auch eine starke Ankurbelung
der Privatwirtschaft.

Der Reichskanzler Dr. Brüning

führte im Laufe der Unterhaltung aus, daß auch nach seiner Mei-
nung in den nächsten Monaten für Arbeitsbeschaffung in großem
Umfang gesorgt werden müsse. Allerdings könne er sich den Um-
fang nicht so groß vorstellen wie Löbe das vorschlägt, auch be-
halte er sich vor, im einzelnen andere Wege zu gehen, wobei vor
allem darauf zu achten sei, daß die Währung in keiner Weise
gefährdet werde. In der Überzeugung, daß unbedingt etwas ge-
schehen müsse, erklärte sich der Reichskanzler mit Genossen Löbe
einig.

Edener für Hindenburg.

In einer Besprechung mit einem Mitarbeiter des „8-Uhr-Abend-
blattes“ erklärte Dr. Edener, daß eine Wahlfront für Hinden-
burg in der vordersten Reihe finden werde, wenn der Ruf an

ihn ergehen sollte. Der Reichspräsident sei der höchste moralische
Aktionsposten Deutschlands im Ausland.

NSD in Eiserner Front.

Bezirksleiter nach Berlin berufen.

Der NSD-Bundesvorstand hat sich in mehreren
Sitzungen mit der politischen und wirtschaftlichen Lage
befaßt und zwei große Aufgaben in den Mittelpunkt
seiner nächsten Tätigkeit gestellt.

Er hat beschlossen, zur Organisierung des Wider-
standes gegen faschistische Gewalt in Gemein-
schaft mit den im ADGB, vereinigten freien Arbeiter-
gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei, dem
Reichsbanner und den Arbeitersportorganisationen in
der Eisernen Front eine Kampfgemein-
schaft herzustellen. Zur Vorbereitung der erfor-
derlichen organisatorischen Maßnahmen hat der NSD-
Bundesvorstand seine sämtlichen Bezirksleiter
zu Sonnabend, den 30. Januar d. J., nach Berlin be-
rufen. Sie werden am Aufmarsch der NSD-Staffel in der
großen Kundgebung der Eisernen Front am Sonntag,
dem 31. Januar, im Berliner Sportpalast teilnehmen.

In der gleichen Sitzung beschloß der NSD-Bundes-
vorstand die Aufstellung eines wirtschaftlichen
Aktionsprogramms, das konkrete Vorschläge ent-
halten soll für einen unmittelbaren Umbau der Wirt-
schaftsbeschaffung.

Für allgemeine Abrüstung. Breitscheids Rede auf der Londoner Kundgebung.

London, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterschaft veranstaltete am Donnerstag-
abend in London eine große Abrüstungs-
kundgebung, in der u. a. der sozialdemokratische
Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Breitscheid
das Wort nahm. Er führte u. a. aus:

„Der vernünftige Gedanke der Abrüstungseinschrän-
kung wurde für Deutschland und ebenso für die anderen besiegten
Staaten auf dem Wege des Zwanges durch den Versailler Vertrag
durchgeführt. Aber leider trug die Maßregel sehr einseitigen
Charakter, denn sie erstreckte sich nicht auf die Siegerländer und
nicht auf die durch die Friedensverträge neu geschaffenen Staaten.
Hier gab es nur eine Versprechung für die Zukunft, und diese
Versprechung ist bis zum heutigen Tage nicht eingelöst worden.
Deutschland und mit ihm die deutsche Sozialdemokratie hat, wie
Ihnen bekannt ist, gegen sehr viele Bestimmungen des
Versailler Vertrags die lebhaftesten Einwendungen zu er-
heben. Wir wünschen eine Revision, freilich keine Revision auf dem
Wege der Gewalt oder des Krieges, sondern eine Revision mit den
friedlichen Mitteln der Verständigung, für die im übrigen ein aller-
dings sehr unvollkommener Artikel des Völkerbündnisses die Hand-
habe bietet.“

Aber was die Abrüstung angeht, so ist das ein Punkt,
an dem wir nicht die Änderung, sondern die Er-
füllung des Vertrages fordern, um der Sache des
Friedens und der Gerechtigkeit willen.

Deutschlands Abrüstung soll nach dem Versailler Vertrag die
Voraussetzung für die Abrüstung der anderen
sein, und daß es sich nur um eine Vortleistung Deutschlands handele,
der die Leistungen der Siegerstaaten zu folgen hätten, wurde der
deutschen Friedensdelegation in einer Note vom 20. Mai 1919 noch
einmal ausdrücklich bestätigt. Man kann sich nun auf den Stand-
punkt stellen, daß die Einschränkung der deutschen Rüstungen im
Interesse Deutschlands selbst gelegen sei. Daß sie keine finanzielle
Last erleichtern, daß sie die Gefahr dessen, was man den Militarismus
nennt, einschränke. Aber der einseitige Zwang zur Ab-
rüstung ist alles andere eher, denn eine Garantie des Friedens
und eine Gewähr für die wirkliche Beruhigung der Welt.

Man kann sagen, es sei ein Zwang zur Vernunft, aber auf die
Dauer sehen die Menschen mehr den Zwang als die Ver-
nunft, und es wäre menschlich verständlich, wenn sie darauf aus-
wären, sich diesem Zwang zu entziehen, weil er eben nicht für alle
gleichmäßig wirkt. Die Ungleichmäßigkeit mag ein besiegtes Land
für ein paar Jahre nach der Niederlage zur Not ertragen. Auf
die Dauer aber wird sie unerträglich, und die,

die wie wir Sozialdemokraten die Abrüstung wollen,
weil sie in jeder Rüstung eine Kriegsgefahr sehen,
haben einen immer schwereren Stand gegenüber
denen, die eine Verpflichtung abschütteln wollen,

weil diese Verpflichtung nicht allen Staaten auferlegt ist. Zwar
ist gelegentlich insonderheit von französischen Politikern der deutsche
Rechtsanspruch bestritten worden, aber im großen und ganzen haben
ihn die Franzosen auch anerkannt, und insbesondere der Minister
Briand, dessen Ausscheiden aus dem Amte alle Freunde des Friedens
so schmerzlich bedauern, hat sich dieser Anerkennung niemals ent-
zogen.

Anderere berufen sich immer wieder auf die Sicherheit, um ihre
Abneigung gegen die Einschränkung der Rüstungen zu rechtfertigen,
aber inzwischen hat man eine ganze Reihe von Schiedsgerichtsver-
trägen abgeschlossen, man hat den Kellogg-Pakt unterzeichnet, und
wir fragen uns, wozu die Rüstungen? War nicht zu reden
daran, daß Deutschland erklären könnte, seine eigene Sicherheit sei
am meisten bedroht, wenn es selbst nur schlecht gerüstet mitten
zwischen Staaten steht, die bis an die Zähne bewaffnet sind.

Wer die Sicherheit so in den Vordergrund stellt,
wird immer wieder darauf zurückkommen, daß die
letzte Sicherheit immer in der militärischen Bewaff-
nung bestehe.

Wer sich nicht für genügend gesichert hält, der wird immer neue
Argumente für seinen Standpunkt finden, der wird immer noch
entdecken können, daß es Risiken in seiner Sicherheit gibt, die mili-
tärisch ausgefüllt werden müssen.

Die Geschichte aller Völker hat bewiesen, daß militärische
Rüstungen eine ungeheuerliche Last für die Nationen
und gleichzeitig eine Bedrohung des Friedens darstellen. Gerade in
der gegenwärtigen Zeit der ungeheuerlichen wirtschaftlichen Krise,
die die ganze Welt befallen hat, sollte jeder den Wahnsinn erkennen,
daß man Milliarden für Heer und für Flotte ausgibt, während
zahlreiche Fragen wirtschaftlicher und sozialer Art vergebens ihrer
Lösung harren, während die Produktion lahmgelegt ist, während
Millionen von Arbeitslosen hungern. Ist denn nicht eines der
stärksten Hindernisse für den Aufbau der internationalen Wirtschaft
neben der Verpflichtung zur Zahlung internationaler politischer
Schulden der Rang der Vertrauen unter den Staaten? Die

Welterführung der Rüstungen aber kann dieses gegenseitige Vertrauen nicht stärken.

Denn Rüstungen an und für sich sind eine Gefahr für den Frieden und ein Hebel des Krieges.

Die Männer, die in der Rüstungsindustrie sitzen, die Offiziere, die ein Heer kommandieren, besonders wenn dieses Heer verhältnismäßig groß ist, sie alle haben den Wunsch, zu zeigen, was sie im sogenannten Ernstfall können.

Und nun geht es nach Genf. Wir wissen nicht, welches der Ausgang der Verhandlungen sein wird. Aber wir sind bezüglich des guten Willens und der Absichten dieser in Genf vertretenen Regierungen recht skeptisch. Wir sind überzeugt, daß unser Freund Henderson als Vorsitzender der Konferenz alles tun wird, um sie zu einem guten Ende zu bringen, aber neben Henderson sitzen Staatsmänner und Offiziere, die nicht auf der selben Linie marschieren. Unter diesen Umständen ist es Aufgabe der Nationen selbst und namentlich der internationalen Arbeiterklasse, ihre Regierungen vorwärts zu treiben. Ihnen in die Ohren zu rufen, daß sie die Abrüstung wollen. In Deutschland gibt es eine Anzahl von Politikern, die nur auf das Scheitern der Konferenz warten, um dann die Aufrüstung Deutschlands zu propagieren.

Wir Sozialdemokraten treten ihnen mit aller Energie entgegen. Wir wollen nicht die Wehrfreiheit für Deutschland, sondern die Wehrgebundenheit für alle Welt.

Aber wir werden uns nur durchsetzen können, wenn die Genfer Konferenz zum mindesten einen sehr großen Schritt nach vorwärts tut. Meine Bitte an euch ihr englischen Arbeiter geht dahin, uns zu helfen, indem ihr mit den Arbeitern der ganzen Welt gemeinsam den Kampf um die Abrüstung führt. (Stürmischer Beifall und minutenlange Ovationen der Versammlung für Breitscheid.)

Ueber die Rede Breitscheids verbreitet das Conti-Büro, das mit dem offiziösen Wolff-Büro eng liiert ist, ausschließlich folgenden „Bericht“:

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der SPD, Breitscheid, hielt hier bei einer internationalen Abrüstungskonferenz der Arbeiterschaft eine Rede, in der er erklärte, der „Vertreter der deutschen Faschistenpartei“ sei nach England gekommen, um die Sympathie des britischen Volkes für die deutsche Faschistenbewegung zu gewinnen. Er, Breitscheid, wisse, daß, wenn diese Partei in Deutschland ans Ruder gelange, der Friede Europas sehr ernstlich bedroht wäre.

Sogar die Telegraphen-Union hat eine viel ausführlichere Meldung über diese Kundgebung veröffentlicht.

Entpolitisierung der Schule. Konferenz der Kultusminister der Länder.

Mit der Frage der Entpolitisierung der Schule beschäftigte sich im Reichsministerium des Innern eine Konferenz der Kultusminister der Länder unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Groener. Auf Grund der eingehenden Aussprache stellte Reichsminister Groener als einmütige Auffassung fest, daß die Parteipolitik nicht in die Schule gehöre. Er werde es stets begrüßen, wenn die Länder entsprechend den verschiedenen Verhältnissen scharfe Maßnahmen ergreifen. Ob und inwieweit den von mehreren Seiten ausgesprochenen Wünschen gemäß von Reich wegen einheitliche Grundzüge für die Entfernung der Parteipolitik aus der Schule aufzustellen seien und für die Ausführung ein einheitliches Verfahren vorgeesehen werden solle, müsse geprüft werden. Die Länder hätten schon jetzt die Möglichkeit, die Teilnahme von Schülern an politischen Versammlungen zu verbieten. Er empfehle, allgemein Gebrauch von dieser Möglichkeit zu machen. Aufschärfte zu verurteilen sei die Verbreitung von Flugblättern und Zeitungen verhehrenden Inhalts unter den Schülern. Hier komme es vor allem darauf an, gegen die Verteiler und Urheber mit allem Nachdruck vorzugehen.

Im übrigen wies der Minister darauf hin, daß die Entpolitisierung der Schule durch positive Maßnahmen gefördert werden müsse, z. B. durch staatsbürgerlichen Unterricht sowie durch gute Schülerzeitungen und Einwirkung auf die Elternkreise. Die Bedeutung einer unterstützenden Mitarbeit des Elternhauses hob der Minister besonders hervor. Er erklärte sich auch bereit, den Anregungen verschiedener Minister entsprechend einen Appell an die Parteien zu richten, von der parteipolitischen Beeinflussung der Jugend Abstand zu nehmen.

Nörder herzlich willkommen! Sowjetlern bei Hakenkreuz zu Besuch.

Die nationalsozialistische Presse tobt täglich gegen die „Mordkommune“ und fordert die Todesstrafe für sie. „Unser Jugendgenosse Norfus ist von vertierten Kommunisten bestialisch ermordet worden“, liest man noch einmal im gestrigen „Angriff“. In der gleichen Nummer des Blattes und auf der gleichen Seite wird aber auch berichtet, daß die Nationalsozialisten zu ihrer letzten Versammlung in der Brauerei die K.P.D. eingeladen und ihr eine Stunde Redezeit zugesagt hatten. Und siehe da — die „roten Untermenschen“ nahmen die freundliche Einladung an, und man scheint sich ganz friedlich miteinander unterhalten zu haben, denn glücklicherweise werden keinerlei Zwischenfälle gemeldet. Nur zum Schluss, so berichtet der „Angriff“, versuchte die Kommune zu türmen, doch hätte sie das bei der „entschiedenen Haltung vom Sturm 24 und 26“ nicht gewagt und hätte das Schlüsselwort mit anhören müssen. So großes Gewicht legen also die Hakenkreuzler auf die Anwesenheit der „Untermenschen“.

Wir anderen lesen von der Ermordung der Kommunisten Kleme durch die Nationalsozialisten, von der völkischen Wölschlachtung des Hitlerjungen Norfus durch kommunistische Altersgenossen mit ehrlischer Erschütterung. Für die beiden Mordparteien aber handelt es sich nur um zwei neue Leichen, mit denen man leben gehen kann. Daß ihr Klage- und Wutgeheul nur Heuschrecke ist, beweist die kameradschaftliche Aussprache, die sie — während das eine Opfer kaum erst bestattet ist, das andere noch auf der Bahre liegt — miteinander pflegen konnten. Ja, wenn sie in der Brauerei beschlossen hätten, das Morden sein zu lassen, niemand würde das freudiger begrüßen als wir! Über morgen werden sie aufs neue mit Schlagring und Messer übereinander herfallen und übermorgen werden sie sich wieder kameradschaftlich miteinander unterhalten, ob das Dritte Reich oder Sowjetdeutschland besser ist.

Daß die Sozialdemokratie „Hauptfeind ist und bleibt“, darin sind sie ja vollkommen einig!

Die Wiener Universitäts ist geschlossen worden, nachdem die Hakenkreuzler bandenmäßig fälschlich und sozialistische Studenten überfallen und zum Teil blutig geschlagen hatten. Dieses Strolchtum erweist sich der Förderung durch eine ganze Professorenclique.

Von Nazis ermordet . . .

Eine gewaltige Beerdigungsdemonstration — trotz Klagges.

Braunschweig, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Am Donnerstagnachmittag wurde in Braunschweig unter Beteiligung von über 20 000 Arbeitern der von den Nationalsozialisten erschossene Reichsbannermann Kurt Meier bestattet. Am Grabe sprachen der Reichsjugendleiter des Reichsbanners, Pape-Magdeburg, Vertreter des Braunschweiger Reichsbanners und der Sozialdemokratie. Allen Rednern war von der Polizei untersagt worden, die Schuldfrage zu behandeln. Es war ihnen ferner untersagt, Angriffe gegen andere politische Parteien zu richten. Ueberhaupt war jede politische Äußerung verboten. Infolgedessen gab der Redner des Deutschen Freidenkerverbandes für alle Redner die Erklärung ab, daß das, was man eigentlich habe sagen wollen, nicht gestattet sei.

Die Polizei hatte die Wege zum Friedhof außerordentlich stark besetzt. Wiederholt kam es zu Zwischenfällen, in deren Verlauf die Polizei ohne Warnung blank zog. Ein Arbeiter wurde durch einen Säbelhieb verletzt. Die Polizeibeamten hatten die Anweisung, im

gegebenen Falle sofort zum Säbel und nicht zum Gummiknüppel zu greifen.

Braunschweiger Polizei sehr nervös.

Braunschweig, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Im Verlauf des Abmarsches der Teilnehmer an dem Leichenbegängnis für den Jungbannermann Meier vom Friedhof zeigte sich die Polizei, die schon seit Tagen im Alarmzustand liegt und immer unter Druck gehalten wurde, sehr nervös. Der erste Zusammenstoß erfolgte in der Helmstedter Straße. Er ist auf Befehl des Polizeioberleitnants Ahlbrecht zurückzuführen, dem der Abmarsch der Massen vom Friedhof nicht rasch genug erfolgte. Bis Donnerstagabend 6 Uhr waren über 30 Personen festgenommen, die vorläufig sämtlich in Polizeihast bleiben. Auf Grund der letzten Polizeimotorordnung (über Braunschweig ist der kleine Belagerungszustand verhängt) dürften sie alle zu Gefängnis verurteilt werden.

Die Menge warf abends in der Expedition der Braunschweiger „Neuesten Nachrichten“ die Fensterheben ein. Die „Neuesten Nachrichten“ gehören wie die „Nationalsozialistische Braunschweigische Landeszeitung“ zum Leonhardt-Konzern.

3 Millionen Arbeitergelder vertan!

Die Schuld von Vorsig. — Der Skandal um die Tegeler Werksparkasse. Im Geiste der gelben Werksgemeinschaft.

Der Fall der Werksparkasse Vorsigwerke in Tegel wächst sich zu einem Riesenskandal aus. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch von Vorsig wurde von uns die Frage angeworfen, wie es mit der Sicherheit der Werksparfassengelder bestellt sei.

Es handelt sich bei den Spargeldern um die enorme Summe von rund 3 Millionen Mark, die von den Arbeitern und Angestellten der Vorsig-Werke Tegel mühsam Groschen für Groschen gespart worden waren.

Auf der gestrigen Gläubigerversammlung bei Vorsig gab der mit der Abwicklung beauftragte Treuhänder Direktor Schwoon Auskunft über das Schicksal dieser Millionen Spargelder, die eine geradezu katastrophale Lage der Vorsig-Sparer enthielt. Zur „Sicherheit“ der Spargelder ist eine Grundschuld auf die Grundstücke der Vorsig-Werke eingetragen, die an so schlechter Stelle steht, daß von einer Deckung überhaupt nicht die Rede sein kann. Als ungehörte Gläubiger sind die Vorsig-Sparer bei dem fehligen Vergleichsverfahren die Geprüllten. Diese ungeheuerliche Tatsache veranlaßte den Direktor Schwoon selbst zu der Äußerung:

daß man nach diesen Vorgängen Werksparfassen für die Zukunft glatt verbieten müßte.

Diese seit Jahr und Tag von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erhobene Forderung muß nach den Vorgängen bei der Nordwolke und bei Vorsig mit verstärktem Nachdruck gestellt werden. Diese aus der patriarchalischen Vergangenheit des Kapitalismus stammenden Einrichtungen sind schon seit langem abbruchreif! Sie dienen im Grunde keinem anderen Zwecke, als das Unternehmertum der Werksgemeinschaft zu züchten, die Arbeiter an die Betriebe zu fetten, und zugleich dem Unternehmen aus blühiger Art und Weise Betriebskapital zu verschaffen. Kennen wir doch das Kind beim richtigen Namen.

Werksparfassen sind Zwangsparfassen. Denn wer bei Vorsig weiterarbeiten wollte, mußte seine Spargelder zur Werksparfasse tragen!

Die ganze Unwahrscheinlichkeit und Heuchelei der Werksgemeinschaftsidee tritt in dem Fall Vorsig mit aller Schärfe zutage. Die großen Gläubiger, der Stahltrust, der Altkamer-Konzern und die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft haben rechtzeitig ihre Sicherheiten erhalten. Die Arbeiter aber, denen bei Vorsig von jeher mit großem Pathos das gemeinschaftliche Interesse von Unternehmer und Arbeiter gepredigt wurde, sind die doppelt Geschädigten. Sie haben nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern zugleich noch ihre Spargelder, die letzte Reserve für die Zeit der Erwerbslosigkeit, verloren!

Was sich bei Vorsig und der Nordwolke abgespielt hat, ist ein blutiger Hohn auf die „vollendete Harmonie“ der Werksgemeinschaft, die die Brauhenden bei ihrer Hib-Aktion in den Betrieben zu propagieren versuchten. Gegenüber dem Hitler-Programm sind die Herren von Vorsig ja noch Walfenknaben. Das Ideal der Nationalsozialisten ist die Abschaffung der gesamten Sozialversicherung und Einführung eines Zwangsparfassensystems bei den Arbeitern und Angestellten. Im Dritten Reich soll also der Werklätige gezwungen werden, dem „schaffenden Kapital“ auch die Groschen zuzuführen, die er heute für den Fall von Krankheit, Unfall und Invaldität in die Sozialversicherung einzahlte.

Nach den bitteren Erfahrungen der Nordwolke- und Vorsig-Arbeiter aber wird die Antwort der Betriebsarbeiter auf die Agitation der Brauhenden das einzige Hohngelächter sein!

Es wird im übrigen schleunigst zu prüfen sein, mit welchen gesetzgeberischen Mitteln — unter Umständen auf dem Notverordnungswege — dem drohenden Gesamtverlust der Ersparnisse der Vorsig-Arbeiter abgeholfen werden kann!

Hirtleser über Otto Braun. Ein Staatsmann des deutschen Volkes.

Der preußische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtleser äußerte sich am Donnerstagabend im Rundfunk zum 60. Geburtstag des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Hirtleser, der seit zehn Jahren in amtlicher Eigenschaft mit Otto Braun zusammenarbeitet, feierte den preußischen Ministerpräsidenten als Staatsmann von Format. Der preußische Wohlfahrtsminister führte u. a. aus:

„Als Ministerpräsident war Otto Brauns Tätigkeit von weittragender politischer Bedeutung. Seine feste ruhige Energie, die sich mit einem sicheren Urteil in politischen Dingen vor allem verband, drückte der Entwicklung Preußens den Stempel seiner bedeutsamen Persönlichkeit auf. Unter dieser straffen Führung war es Preußen möglich, die Inflationszeit, den Ruhrkampf und die sich daraus ergebenden Gefahren für die Einheit Preußens und damit des Deutschen Reiches zu überwinden. Der Sitzungssaal des preußischen Staatsministeriums in der Wilhelmstraße 63, in dem die preußische Regierung sich seit langer Zeit unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten zu versammeln pflegt, ist geschmückt mit 28 Bildern aller bisherigen preußischen Ministerpräsidenten, beginnend mit dem Freiherrn vom Stein im Jahre 1808. Nach den Daten dieser sehr ausschweifigen Bildreihe gehört Otto Braun, der heute sein 60. Lebensjahr vollendet, zu den vier preußischen Ministerpräsidenten, die in den letzten Jahren die längste Amtszeit aufwiesen. Wenn es in der unruhigen und schwierigen Nachkriegszeit, in der ein Reichsministerium das andere ablöste, gelungen ist, in Preußen und damit in drei Fünfteln des Reiches, ruhige und stetige Verhältnisse zu erhalten, so ist das nicht zum wenigsten das Verdienst von Otto Braun.“

Die von ihm geführte preußische Regierung ist in all den Jahren den verschiedenen Reichsregierungen in ihrem außenpolitischen Bemühen um Freiheit und Gleichberechtigung des deutschen Volkes und um eine auf gerechter Ordnung ruhende dauerhafte Befriedung Europas eine unentbehrliche Stütze gewesen, wie er im Innern durch die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die stete und gleichmäßige Weiterentwicklung der staatlichen Verhältnisse hervorragend mit gewährleistet hat. Mit Klugheit, zäher Energie und mit warmem sozialen Empfinden hat

er in seiner Politik das Ziel verfolgt, zur Schaffung einer gerechten sozialen Ordnung beizutragen, der Arbeiterschaft ein menschenwürdiges Los, aber auch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nach Kräften gerecht zu werden.

Heute an seinem 60. Geburtstag geben die Wünsche weitester Kreise dahin: Möge es ihm noch lange vergönnt sein, seine reichen Kräfte und Erfahrungen erfolgreich dem Dienst des deutschen Volkes zu widmen.“

Glückwünsche des Parteivorstandes.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der zur Zeit nicht in Berlin weilt, zu seinem 60. Geburtstag ein herzliches Glückwunschtelegramm übermittelt, in dem die Verdienste Brauns als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, zugleich aber auch seine Leistungen als Staatsmann gewürdigt werden.

Um die Lohnsteuererstattungen.

Abschließende Besprechungen Dienstag.

Die Vorschläge der Gewerkschaften aller Richtungen, der Sozialdemokratie und des Zentrums auf Milderung der Bürgersteuer und Aufrechterhaltung der Lohnsteuer-rückerstattungen aus Billigkeit sind inzwischen im Reichsfinanzministerium geprüft worden. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt nunmehr dem Reichsfinanzminister Dietrich vor. Es ist in Aussicht genommen, daß unter seinem Vorsitz am kommenden Dienstag eine neue und wahrscheinlich abschließende Besprechung mit den Gewerkschaften stattfinden wird.

Sophus Michaelis gestorben.

Am Donnerstag früh ist der bekannte dänische Dichter Sophus Michaelis nach längerer Krankheit in Kopenhagen gestorben. Michaelis, der ein Alter von 65 Jahren erreichte, hat sich auch in Deutschland einen Namen gemacht, besonders durch sein Drama „Die Revolutionshochzeit“ und durch seine Uebersetzungen aus der deutschen Literatur, wie der Werke Goethes und Walters von der Vogelweide.

Die Front der Randalierenden.

Von Thälmann bis Hitler.

Halle, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Unter dem Motto „Jugend in der Eisernen Front“ veranstalteten die sozialistischen und republikanischen Jugendverbände eine Kundgebung. Redner war Dr. Helmut Klotz. Die Nationalsozialisten hatten schon Tage vor der Versammlung angekündigt, daß die Versammlung zehn Minuten nach Beginn gesprengt sein würde. Sie hatten dabei die Unterstützung der Kommunisten gefunden, die pomphaft ankündigten, mit 500 Mann in der Versammlung zu erscheinen. Die Versammlung wurde Punkt 8 Uhr mit einem Fanfarenchor der SA. eröffnet. Darauf ergriff der Redner des Abends, Dr. Klotz, das Wort. Sofort setzten Störungsversuche ein, um, der Absicht entsprechend, in den ersten zehn Minuten die Versammlung zu sprengen. Trotzdem konnte die Versammlung 1/2 Stunde durchgeführt werden, während ein nationalsozialistischer Störer nach dem anderen von der Versammlungsleitung an die Luft gesetzt wurde. Als wieder einer dieser Störer den Saal verlassen sollte, griffen die Nationalsozialisten mit ihren treuen Kampfgenossen, den Kommunisten, die Jungbannertameraden an. Biergläser, Stühle und Tassen flogen durch den Saal. Dabei wurde ein Nationalsozialist von den Biergläserwürfen seiner eigenen SA-Leute schwer verletzt. Er mußte von Arbeiterkameraden verbunden und abtransportiert werden. Nach diesem Tumult griff die Polizei ein und erklärte die Versammlung für geschlossen.

Das ist „Drittes Reich“.

Brutalste Gewaltherrschaft auch gegen den Mittelstand.

Eutin, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Die Republikaner Eutins haben seit Monaten ständig unter dem Nazi-Terror leiden müssen. Die Behörden in diesem Landesteil Ostbaltiks verhalten sich vollkommen und die Nazis belagern dadurch auch von dieser Seite freie Hand, ihren Terror auszuüben. Sie schrecken schon nicht mehr davor zurück, auch andere Kreise der Bevölkerung zu terrorisieren. Dies geht hervor aus einem Schreiben des Kreisleiters der NSDAP, Dr. med. Saalfeldt, an den Kreislandwerkbund in Eutin. Es lautet:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe Eutin.

Eutin, den 15. Januar 1932.

An den Kreislandwerkbund, Landesstell Lübeck, Eutin.

Das Votum der SPD. wurde als Vordirektive des Reichsbanners bis Ende Dezember a. J. geschlossen. Der Gastwirt des „Deutschen Hauses“, Bürgermeister, hat nun die Geschlossenheit begangen, in seinem „Deutschen Haus“, wo die Innungen, die militärischen Kameradschaften und einzelne Traditionsvereine verkehren, die Vernichter des Mittelstandes, die Hege gegen alles, was Tradition und Ordnung heißt (SPD.) aufzunehmen. Wenn Geschäft auch Geschäft ist, so darf man in der heutigen Zeit doch ein derartiges übles Geschäftsgebaren unter Verleugnung sämtlicher Pflichten nicht an den Tag legen. Es gibt soziale ordentliche nationale Gastwirte, die es freudig begrüßen würden, Innungen bei sich aufzunehmen. Ich bitte Sie, Ihre verschiedenen Innungen davon in Kenntnis zu setzen und die Obermeister doch dringend zu ersuchen, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Mit deutschem Gruß und Hitler-Heil!

gez.: Dr. Saalfeldt,

Kreisleiter Provinz Lübeck.

Den Innungen und Ortsgruppen zur Kenntnis.

gez.: Putensen.

Der Geschäftsführer des Handwerkbundes hat dieses freche Schreiben tatsächlich an die Innungen weitergegeben. Als es jedoch der Öffentlichkeit bekannt wurde, hat es sofort wieder einzeln losgerissen. Das Schreiben spricht die Sprache nationalsozialistischer „legaler“ Methoden!

Das Reichsbanner-Votum wurde bekanntlich ohne stichhaltige Gründe von dem stellvertretenden Bürgermeister, einem Hitler-Mann, auf 3 Monate geschlossen. Das ostbaltische Staatsministerium hob das Verbot jedoch wieder auf. Inzwischen hatten die Republikaner eine republikanische Feier bei dem Wirt des „Deutschen Hauses“ veranstaltet. Die Diktatur der Nazis ist eine Wortführer und eine ungeheuerliche Beschimpfung des Wirtes.

Ohnesorge.

Landtagsanfrage über Goebbels Auftreten im Helldorf-Prozess.

Im Preussischen Landtag hat der Abg. Kuttner (Soz.) eine kleine Anfrage über das Auftreten des Abg. Goebbels im Helldorf-Prozess eingebracht. Kuttner spricht von einer Skandalzene, die Goebbels am 23. Januar 1932 im Helldorf-Prozess habe aufzuführen können und sagt, Goebbels habe das Berliner Polizeipräsidium gröblich beschimpfen können, ohne daß der Gerichtsvorsitzende, Landesgerichtsdirektor Ohnesorge, trotz mehrfacher Anträge der Staatsanwaltschaft, dagegen in ausreichender Weise eingeschritten sei. Dieses nachsichtige Verhalten erklärte sich vielleicht daraus, daß der Richter gegenüber Reichstagen und anderen Kollegen sich bereits im ersten Stadium der Prozesse in folgendem Sinne geäußert habe: „Alles, was Schmitz (der Vorsitzende des Schöffengerichts, das einen Teil der Angeklagten verurteilt hatte) getan hat, ist oberflächlich und muß korrigiert werden. Was dagegen Brennhäuser (der Vorsitzende des Schöffengerichts, der den Grafen Helldorf und die anderen Führer zu geringeren Strafen verurteilte) getan hat, ist richtig bis auf die Strafhöhe, die zum Teil auch noch gemildert werden muß.“ Der Abgeordnete fragt die Regierung, ob sie das Verhalten und die von ihm erwähnten Äußerungen des Landesgerichtsdirektors Ohnesorge billige, sowie was sie zu tun denke, um eine objektive und der Würde des Staates entsprechende Durchführung des Prozesses zu gewährleisten.

Drauf und durch!

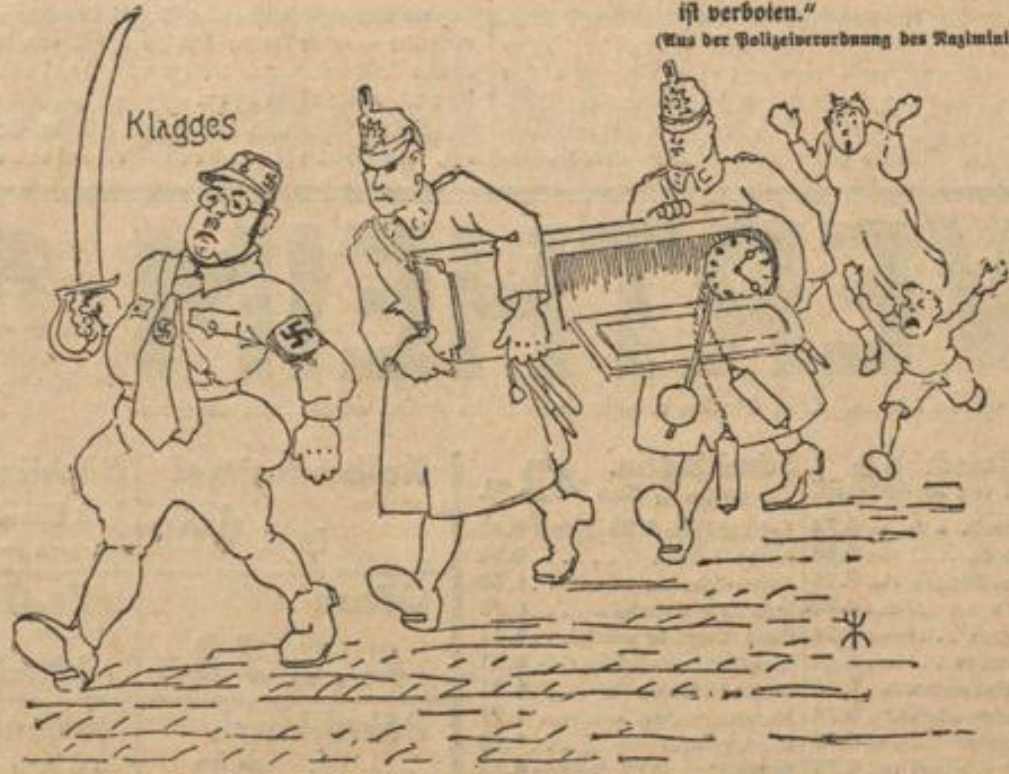
Die Parole der Eisernen Front.

Als Kustakt für die kommende Rüstwoche der Eisernen Front erscheint die „Illustrierte Republikanische Zeitung“ unter der Parole „Drauf und durch!“ Sie ist in Wort und Bild dem Kampf der Eisernen Front gegen den Faschismus gewidmet. Aus dem Inhalt hebt sich besonders die Erzählung des historischen Vorgangs aus der Arbeiterbewegung hervor, der dem Namen „Hammerkämpfe“ zugrunde liegt.

Belagerungszustand in Klaggestan.

„Das Stehenbleiben ohne ersichtlichen Grund ist verboten.“

(Aus der Polizeiverordnung des Reichministers Klagges.)



Der Despot von Klaggestan läßt eine Standuhr arretieren, die ohne ersichtlichen Grund — stehen geblieben ist!

Höchste Gefahr in China.

Kämpfe in Schanghai. — Große Erregung in Amerika.

Schanghai, 28. Januar. (Reuter.)

Zwischen Chinesen und Japanern haben heute an der Grenze der internationalen Konzession der Stadt die Kämpfe begonnen.

Trotz der Annahme der japanischen Forderungen durch die Chinesen hat der Oberbefehlshaber der japanischen Marinekräfte beschlossen, die an die internationale Konzession grenzende Chinesenstadt Schapei zu besetzen. Er verlangt weiter die Befestigung aller Verteidigungsanlagen, die die Chinesen vor einiger Zeit an dieser Stelle errichtet haben.

Japanische Truppen sollen auf dem Marsche nach Schabin sein, „um die Interessen der dortigen Japaner zu schützen“.

Japanische Marineinfanterie und Panzerkraftwagen sind abends in die chinesische Stadt Schapei eingedrungen. Im Hongkaubezirk, der von japanischen Marinetruppen und Panzerkraftwagen vollständig besetzt ist, hört man Gewehr- und Maschinengewehrfeuer.

Die Japaner hatten von dem Bürgermeister der Großstadt Schanghai ultimativ Bestrafung der „Schuldigen“ an der antijapanischen Demonstration, Verbot der antijapanischen Vereinigungen und Abbruch des antijapanischen Boykotts gefordert. Unter dem Druck der täglich noch verstärkten japanischen Heeresmacht auf dem Lande, zu Wasser und in der Luft ist dieses Ultimatum angenommen worden. Freilich dürfte man die Chinesen kaum zwingen können, japanische Waren zu kaufen.

Trotz der Annahme des Ultimatus befürchtete man auch in der Europäerstadt, daß japanisches Militär eindringen werde, um die Häuser der antijapanischen Organisationen zu besetzen, und daß die Chinesen — die auch im Konzessionsgebiet weitläufig in der Mehrheit sind — Widerstand leisten werden. Das scheint nach obenstehender Meldung eingetroffen zu sein. Militärabteilungen europäischer Staaten oder ihre Kolonialtruppen in der Fremdenstadt, auch militärische Zivilisten, stehen zur Abwehr direkten Angriffs bereit.

Japan hat, ungehindert durch den Völkerbund, durch Rußland oder Amerika, die ganze chinesische Mandchurie sich unterjocht. Es geht jetzt daran, der größten und wichtigsten Hafenstadt Chinas das gleiche Schicksal zu bereiten. Vielleicht erleben wir in nicht zu ferner Zeit noch, daß große Teile Chinas das Los Koreas und der Mandchurie teilen. Kein Wunder, daß der Radikalismus der Verzweiflung in China wächst und soeben wieder eine neue Sowjetrepublik, an der Grenze der Provinzen Wupai und Hunan, errichtet worden ist, die auch sofort das russische System annimmt, das Privateigentum am Boden aufhebt und selbstverständlich eine Rote Armee aufstellt.

Fliegerbomben auf Schapei.

Der japanische Oberbefehlshaber hat Befehl erteilt, Schapei mit Fliegerbomben zu besetzen.

Um 1.30 Uhr früh hatten die Japaner den größten Teil von Schapei besetzt. Sie drangen leibhaftig in das Nordviertel dieser Stadt vor und werfen die Chinesen zurück, die hartnäckigen Widerstand leisten und nach der internationalen Konzession zurückweichen.

Dreizehn japanische Verwundete sind in die Lazaretts gebracht worden. Die chinesischen Verluste sollen schwer sein. Etwa 55 Chinesen sind gefangen genommen worden.

Ein japanischer Panzerwagen versuchte durch die Konzession vorzudringen, mußte aber umkehren, da britische Freiwillige ihm die Durchfahrt nicht gestatteten.

Der Völkerbund bedauert...

Genf, 28. Januar.

Der Völkerbundsrat hat heute nachmittag wiederum eine geheime Sitzung abgehalten, die dem chinesisch-japanischen Kon-

flikt gewidmet war. Die Vertreter Japans und Chinas nahmen an der Sitzung nicht teil. Es wurde, wie verlautet, der Wortlaut einer Erklärung besprochen, die der Präsident des Rats in einer der nächsten öffentlichen Sitzungen mitteln wird. Diese Erklärung, mit der die jetzigen Verhandlungen des Rats über den mandchurischen Konflikt abgeschlossen werden dürften, wird den Charakter einer an die beiden im Konflikt befindlichen Mächte gerichteten Kundgebung haben, in der erneut (!) auf die Verpflichtungen aus den bestehenden internationalen Abmachungen hingewiesen werden dürfte. Wie verlautet, soll diese Erklärung inhaltlich sich der Rote nähern, die kürzlich der amerikanische Staatssekretär Stimson an die beiden Regierungen gerichtet hat. Auf diese Rote soll übrigens in der Erklärung ausdrücklich Bezug genommen werden.

Ron behauptet, daß die Erklärung in diplomatisch abgewogener Form ihr Behaupten (!) über die Vorgänge, die sich seit der letzten Ratstagung, insbesondere in Schanghai, ereignet haben, ausspricht. Auch soll ausdrücklich auf Artikel 10 des Völkerbundsstatutes, der die Mitglieder des Völkerbundes verpflichtet, die Unversehrtheit ihres Gebiets gegenseitig zu achten und zu wahren, Bezug genommen werden.

Drummonds Rücktritt endgültig.

Vom Völkerbundssekretariat wird heute offiziell bestätigt, daß der Generalsekretär Sir Eric Drummond ein Rücktrittsgesuch eingereicht und daß der Völkerbundsrat einmütig Sir Eric Drummond gebeten habe, auf seinem Posten zu bleiben. Der Generalsekretär hat jedoch mitgeteilt, daß sein Beschluß endgültig sei, worauf der Rat beschloß, hat, allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes das Rücktrittsgesuch mitzuteilen. Der Völkerbundsrat wird sich in einer späteren Sitzung mit der Angelegenheit noch einmal beschäftigen.

Erregung im amerikanischen Senat.

Washington, 28. Januar.

Die Berichte über das japanische Vorgehen in Schanghai riefen im amerikanischen Senat heftige Empörung hervor. Senator King forderte die sofortige Boykottverhängung gegen Japan. Besonders erregt sind die Vertreter der Pazifik-Staaten. An den Führer der Pacific-Flotte, Admiral Taylor, in Manila (Philippinen) sind Geheiminstruktionen abgegangen.

Wie verlautet, hat die amerikanische Regierung die japanische Regierung um weitere Auskunft über die in Schanghai von Japan beabsichtigten Maßnahmen ersucht.

Eine erwünschte Bombe.

Schanghai, 28. Januar.

Gegen das japanische Konsulat wurde eine Bombe geworfen, die ohne Schaden anzurichten explodierte. Kurz darauf erschien das japanische Kanonenboot „Akata“ und verteilte querab von dem japanischen Konsulat.

Linksrad der China-Regierung.

Hankow, 28. Januar.

Das Kabinett ist neu gebildet. Ministerpräsident ist Wang-tschinwai, der Führer der Linken Kuomintang, Außenminister Bomenkau.

In Verona wurde ein 36-jähriger Angestellter festgenommen, der seit nahezu 10 Jahren an falsche Persönlichkeiten in verschiedenen Städten Italiens nicht weniger als 48 Millionen Maschinen versandt haben soll. 38 Personen wurden durch diese Bombensendungen verletzt.

Am 13. März Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz. Mit dem Donnerstag erlischt die Sitzungperiode des Mecklenburg-Strelitzer Landtages. Die die Landesregierung für beide Mecklenburg meidet, ist nunmehr vom Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium der 13. März als Tag für die Neuwahl festgesetzt worden.

Der Bankenausschuh des Reichstags, der aus Mitgliedern des Haushaltsausschusses gebildet ist, trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Verhandlungen wurden für streng vertraulich erklärt.

Deutschnationale im Spiegel

Erregte Stadtverordnetenversammlung — Die reaktionären Wirtschaftsverbrecher

Die gestern abgehaltene Stadtverordnetenversammlung überwies zunächst die in den letzten Tagen im Vordergrund kommunaler Fragen stehende Ortsjahung über die Zuständigkeit der zentralen und der Bezirksverwaltungen ohne Debatte an den Haushaltsauschuß.

In der fortgesetzten Debatte über den Abbau und die

Zusammenlegung der städtischen Gesellschaften

und Gesellschaftsbeteiligungen sprach Stadtverordneter Riese (Soz.). Er gab seiner Bewunderung darüber Ausdruck, daß gewisse bürgerliche Parteien im Stadtparlament in der Zeit der fortgesetzten Bankzusammenbrüche und Wirtschaftsverbrechen noch den Mut finden, für die freie Wirtschaft einzutreten. Riese erinnerte an den Devaheim-Standal, er hielt der Rechten des Hauses den Zusammenbruch der Beamtenbank und der Bank für Handel und Grundbesitz vor. Er erinnerte ferner an den Frankfurter Versicherungsstandal und an das Verbrechen der Gebrüder Bahusen in Bremen. Die Kennzeichnung als dieser kriminellen Vorgänge in der privaten Wirtschaft löste insbesondere bei den Deutschnationalen großen Tumult aus. Als die Deutschnationalen glaubten, der Sozialdemokratie die Verfehlungen der Sklareks anhängen zu können, nahm sich der Redner diese Hüter privatwirtschaftlicher Moral ganz besonders vor. Er konnte unter dem Beifall der sozialdemokratischen Fraktion feststellen, daß es

Die Deutschnationalen waren, die von den Sklareks 6000 Mark für die Parteikasse

in Empfang genommen hatten, daß es der deutschnationale Pfarrer Wolff war, der einen silbernen Trübschaler der Sklareks einweihete, daß ferner der deutschnationale Stadtrat Wege und sein Parteigenosse, der Stadtverordnete Kimmel sich der Freundschaft der Sklareks bei jedem gerührt hatten, der es hören wollte. Als die Deutschnationalen immer wieder glaubten, den Redner mit Zwischenrufen unterbrechen zu können, hielt Riese weiter Abrechnung mit ihnen. Er fragte sie, ob es noch nicht bis zu den Ohren der deutschnationalen Stadtverordneten gekommen sei, daß die Pommerische Milchverwertungsgenossenschaft in Goslow am 1. März zugrundegegangen ist, daß sie ihre Gelder in die Parteikassen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten stecken ließ. Riese fragte weiter, ob den Deutschnationalen nicht bekannt sei, daß die Leiter der Pommerischen Hauptgenossenschaft wegen Steuerbetruges im Klischee lägen. Und er fragte sie schließlich, ob sie nicht wüßten, daß der Vorstand der deutschnationalen Landesorganisation in Pommern die Parteibeiträge durch die Spiritusverwertungsgenossenschaft hat verrechnen lassen. Als insbesondere Stadtverordneter v. Hedlin (Dnat.) mit hochrotem Kopf immer wieder seine Zwischenrufe machte, erklärte ihm schließlich Genosse Riese, daß er

Ihn trotz seines Adels und seiner früheren Offizierszugehörigkeit nicht ernst nehmen.

Alle städtischen Betriebe, so fuhr Genosse Riese fort, arbeiten rationell. Eine der unrentabelsten Gesellschaften sei die Berliner Reklamegesellschaft, die neben dem öffentlichen Anschlagwesen eine große Plakaldruckerei betreibt. Die Forderung der Rechtenparteien, die Druckaufträge der Berel der Privatindustrie zusammen zu lassen, zeuge nicht von Sachkenntnis; gerade der Plakaldruck sei für Firmen, die nicht ganz besonders darauf eingerichtet sind, ein Zuschußgeschäft. Weber Druckereibesitzer noch Druckereibesitzer hätten einen Vorteil von der Auflösung der Berel, und so forderten die Sozialdemokraten, daß die Berel und mit ihr das öffentliche Anschlagwesen weiter bei der öffentlichen Hand bleibe. (Beifälliger Beifall bei den Soz.)

Stadto. Künzer (D. Bp.) forderte, städtische Betriebe und Ge-

schäften nur in Ausnahmefällen bestehen zu lassen, soweit es das Allgemeininteresse erfordere. Auf keinen Fall dürfe durch das Arbeiten der städtischen Betriebe die Privatindustrie beschränkt werden. Stadto. Köhler (B.) trat für die Auflösung der städtischen Bau-Gesellschaften ein, während der Demokrat Egl der Vorlage namens seiner Fraktion zustimmte; er verlangte aber, daß die Stadt sich darauf beschränke, Monopolbetriebe zu unterhalten; den Antrag der Kommunisten auf Auflösung der städtischen Wohnungsfürsorgegesellschaft lehnte der Redner ab.

Vor langer Zeit hatte die sozialdemokratische Fraktion in einem Antrag verlangt, daß endlich die Inkraftsetzung und Verkündung des Ortsgesetzes über Reichshofmieten-, Gartengebiete und Dauerfluggärten erfolge. Gestern wurde nach wiederholter Beratung dem Antrag endlich zugestimmt. — Ein Antrag auf Ermäßigung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten und Mittelschulen wurde angenommen, ebenso eine Anzahl kleinerer Vorlagen.

Nazi-Engel und seine Verleumdungen.

Eine ungenügende Erklärung Dr. Sahms.

Der Artikel im „Vorwärts“ vom gestrigen Donnerstag „Nazi-Engel verleumdet“ hat dem Verleumder in der Berliner Stadtverordnetenversammlung endlich die Zunge gelöst. Auch der Oberbürgermeister gab eine Erklärung ab. Engel hatte in einer Stadtverordnetenversammlung im November behauptet, städtische Dezernten und Beamte vergäben Bauaufträge erst nach Klarstellung der für sie abfallenden Provisionen. Der Oberbürgermeister hatte zwar auf diese ungeheuerlichen Behauptungen Engels geantwortet, trotzdem mußte er vom Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion Genossen Flatau daran erinnert werden, daß die Behauptungen Engels unter allen Umständen eine öffentliche Klarstellung notwendig machen.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten fügte Nazi-Engel einer von ihm zur Tagesordnung gehaltenen Rede lediglich den Satz ein, seine Behauptung von der Bestechlichkeit der städtischen Beamten beziehe sich auf die Vergangenheit. Das war alles! Und nun geschah das Merkwürdige: Oberbürgermeister Dr. Sahms gab sich mit der tendenziösen Erklärung Nazi-Engels zufrieden! Er hätte, so erklärte der Oberbürgermeister, nur gewünscht, daß Engel in konkreterer Form geantwortet hätte. Das veranlaßt Genossen Flatau, folgende Feststellung zu treffen:

Flatau antwortet:

Der Herr Oberbürgermeister hat es zugelassen, daß die ungeheuerlichen Behauptungen des Engel zehn Wochen lang in der Öffentlichkeit sich erhalten konnten. Der Oberbürgermeister hat sich sogar mit Personen in Verhandlungen eingelassen, die solche Behauptungen aufstellten. Stärkstes Bestre-

Sonntag: Beginn der Eiserne Front! marschieren auf im Sportpalast

Es sprechen: Hölttermann, Crispian Eggert, Geilert, Max Barthel rezitiert
Beginn der Kundgebung um 17 Uhr • Öffnung des Sportpalastes um 18 Uhr • Das Parkett bleibt für die aufmarschierenden Formationen frei.
Erscheint in Massen!

den müsse es erregen, daß der Oberbürgermeister bei Feststellungen über die „Reinheit der Verwaltung“ einen Unterschied mache zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Hiernach können also gegenwärtig tätige Beamte ungestraft belächelt werden, wenn ein Verleumder nachträglich erklärt, er wolle seine Behauptungen nur für die Vergangenheit gelten lassen. Auf jeden Fall hätten die Behauptungen des Engel in einer anderen Weise zurückgewiesen werden müssen, als es durch den Oberbürgermeister geschehen ist. Unter diesen Umständen müßten die Sozialdemokraten es dem Stadtoberhaupt überlassen, die Verantwortung in der Angelegenheit zu tragen.

Der Oberbürgermeister gab daraufhin eine chronologische Darstellung der Vorgänge, die aber nicht davon überzeugen konnte, daß er gegen die nationalsozialistischen Verleumdungen mit der unbedingt gebotenen Energie vorgehen wolle.

Wiener Universität geschlossen.

Sozialistischer Studenten-Obmann niedergeschlagen.

Wien, 28. Januar.

Gestern abend kam es an der Wiener Universität wegen des Vortrages des Rabbiners Dr. Kamlanter zu Zusammenstößen zwischen gegnerischen Studentengruppen. Heute vormittag setzte sich diese Demonstration der Studenten sowohl im Universitätsgebäude als auch im Anatomischen Institut fort. Dabei wurden drei Studenten verletzt, darunter der Obmann der sozialistischen Studentengruppen, Speiser, der Sohn des Stadtrats Speiser. Mittags erfolgte das Rektorat eine Kundgebung, in der der akademische Senat die Vorgänge auf das strengste rügt und gleichzeitig mitteilt, daß die Universität bis auf weiteres geschlossen bleibt.

„M II“ durch Explosion untergegangen.

London, 28. Januar.

Die Suche nach dem Unterseeboot „M 2“ wird noch fortgesetzt. Bei der Suche mit dem Schleppnetz ist man an zwei Stellen auf Widerstände gestoßen, die jetzt näher untersucht werden.

Wie die Admiralität bekannt gibt, ist von dem Kapitän des Norwegischen „Krone von Dänemark“ ein Bericht eingegangen, der es möglich erscheinen läßt, daß das U-Boot „M 2“ infolge einer Explosion untergegangen ist. Der Kapitän will am Dienstagmorgen 16 Meilen südlich von Lyngby Regis plötzlich drei Sekunden lang einen hellen Schein gesehen haben. Zehn Minuten später habe er dann zwei laute Explosionen gehört. Das Wetter sei zu dieser Zeit außerordentlich neblig gewesen. Ein Bericht von anderer Seite über die Explosionen liegt bisher nicht vor; die Admiralität läßt jetzt Nachforschungen anstellen.

Der Frauenhilfsverein bei der staatlichen Polizeiverwaltung Berlin, der es sich in der schweren Notzeit zur besonderen Aufgabe gemacht hat, durch Krankheit in Not geratene Familien von Polizeibeamten zu unterstützen und erholungsbefähigte Mütter und deren Kinder in den Sommermonaten zu verschicken, veranstaltet am Mittwoch, 3. Februar, in den gesamten Festtagen des Zoologischen Gartens einen Wohltätigkeitsgesellschaftsabend. Die Tanzmusik in allen Sälen des Zoos führt die Kapelle Marek Weber und das große Orchester der Schutzpolizei aus. Karten à 3 R. sind erhältlich im Ballbüro des Zoos, den Theaterkassen Berthelme, Tisch und KDB, sowie in den Filialen des „Vorwärts“. Logenreservierung à 5 R. nur im Ballbüro Zoo.

Die Anmeldung zur Einschulung muß in den nächsten Tagen erfolgen. Alle Klassenbewußten und freudentenden Eltern werden nicht lange überlegen, welcher Schule sie ihre Kinder anvertrauen wollen; sie schicken sie zur weltlichen Schule, wo die Kinder zu freien und aufrichtig sozialbildenden Menschen erzogen werden. Für den Stadtteil Wedding, nördlich der Ringbahn, links von der Müllerstraße bis Seefraße, nimmt Anmeldeungen entgegen: Genosse Rektor Panthe, Lüticher Str. 4, 262. Schule.

Wilde Spritzfabrik in Mosbit ausgehoben. In der Berksstraße in Mosbit wurde eine wilde Spritzfabrik ausgehoben, die ein früherer Gastwirt B. in seiner Wohnung unterhielt. Sämtliche Geräte wurden beschlagnahmt, desgleichen vorgefundene Spritmengen. Der „Fabrikant“ wurde festgenommen.



Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schöber erzählt von Erich Knopf

(Schluß.)

Eine turmhohle Sturzwelle erfasst uns und drückt uns nach unten. Das Wasser heult in meinen Ohren. Dann wirft mich ein Stoß wieder an die Oberfläche, aber der „Lange Docht“ ist verbrannt.

Das Schiff ist nicht mehr zu sehen. Die Sturzwelle war eine Folge der Kesselexplosion, während das Schiff kenterte. Wer noch bei den Kesseln und Maschinen war, ist mit abgefallen. Es gelingt mir, eine Planke zu umklopfen, um die bereits erbittert gekämpft wird. Einer schlägt mich der Faust wütend auf meinen Kopf. „Bestie!“ Ich schlage zurück; mitten in das Gesicht des Angreifers. Er stöhnt, seine Hände lassen los, und er sackt weg.

Ich spüre, wie meine Kräfte mich verlassen. Immer mehr Wasser muß ich saufen. Und dann sehe ich Boote. Zwei Arme fassen nach mir. „Halt dich fest!“ und sie ziehen mich hoch. Ein kräftige Hand fohrt mich am Hintern, und ich fliege kopfüber ins Boot.

Fortsetzung folgt.

Sechshundert Mann sind ertrunken. Ich habe Fieber und zittere am ganzen Körper. Aber ich habe festen Boden unter den Füßen. Totfront wie ich bin, soll ich den Weg ins Spital allein und zu Fuß machen. Manchmal trleche ich auf allen Bieren.

Rur fort! Rur weiter!

Wahrscheinlich sehe ich aus wie ein Gespenst. Die Leute in der Hafenstadt blicken mich so seltsam an. Sie sympathisieren jetzt offen mit dem „Feind“.

Borhin hat einer sogar mit einer Peitsche nach mir geschlagen, weil ich von dem Rücken seines Esels, der vor einen kleinen Wagen gespannt war, die Decke ziehen wollte. Ich friere, daß alles an mir zittert.

Das Herz schlägt mir rasend oben am Hals. Aber ich darf nicht zusammenbrechen! Rur fort von hier!

Auf dem Meer ist es jetzt still. Vom Flaggschiff ist nicht einmal mehr der Kiel zu sehen, der noch geitern aus dem Wasser ragte. Nur ein großer Delfin zeigt die Stelle an, wo das Schiff unterging.

Mit sechshundert Kameraden.

Ich lebe.

Ja, ich lebe, wenn es auch nicht so aussieht, das gebe ich zu.

Friede! Heimat! Leben!

Was für schöne Worte. Was für starke Worte. Ich muß mich erst wieder an sie gewöhnen.

Leute bleiben stehen und lachen über mich wie über einen Betrunknen. Ich habe aber nur zu viel Seewasser getrunken, meine Herrschaften, zu viel Beichenwasser, bitte! Und dann trage ich ja eine Last. Die Last meiner Erinnerungen.

Meine Erinnerungen, die ich nicht von mir werfen kann. Und die ich nicht von mir werfen darf! Ich muß sie aufschreiben, ich muß leben, um kommende Geschlechter zu warnen.

Wer Beichenwasser getrunken hat, ist heilfichtig. Und ich sehe es kommen, daß die Kinder, die jetzt geboren werden, vielleicht auch diejenigen schon, die jetzt über mich lachen in der töstlichen Dummheit ihrer zehn Jahre, ich sehe es kommen, daß sie mit Zeitungsgeldern, Fahnen und Ansprachen verückt gemacht werden, und es wird wieder Kriegsfreiwillige geben, die Glocken werden läuten, und dann heißt es: „Zeichnet Kriegsanleihe!“

O nein, uns werden sie nicht dazu brauchen können. Wir sind für das Geschäft verdorben. Wir haben uns den

Wagen verdorben an dem Zeug. Aber die kommenden Geschlechter werden wieder soweit sein.

So wird das weitergehen, immer so weiter!

Oder etwa nicht?

Was meint ihr? He, antwortet!

Entschuldigung. Ich bin laut und heftig geworden. Bitt schön, ein kranker Mensch, ein kaputter Soldat, Entschuldigung, Herrschaften...

Ihr sagt: Revolution, Republik, Freiheit!...

Ganz recht!

Gratuliere! Sehr schöne Sachen. Famos! Ich mache mit. Wir werden ja sehen.

Wie gesagt, ich mache mit. Ich werde damit beginnen, daß ich meine Erinnerungen niederschreibe, um sie zu veröffentlichen. Ich kann nicht schweigen.

Ich — kann — nicht — schweigen!

Ich darf nicht schweigen. Meine toten Kameraden verlangen das von mir.

Die Kinder meiner toten Kameraden verlangen das von mir. Ich muß die Wahrheit aussprechen, die Wahrheit über den Krieg.

Der Krieg ist ein Triumph der jetzigen Gesellschaftsordnung. Diese Weisheit ist nicht von mir, sondern von Leuten, die es ja wissen müssen, von Professoren und Dompredigern. Vielleicht haben sie recht. Gut, dann schreibe ich also die Wahrheit über die heutige Gesellschaftsordnung, indem ich über den Krieg schreibe. Ob die Ordnung das verträgt?

Ich bin krank, hungrig, elend. Ich habe alles hergegeben, was ich hatte. Aber ich bin auch, wie es scheint, im Wege? Ein Denkmal aus Stein, mit sechshundert Namen, ist euch lieber, wie? Lieber als eine lebende Erinnerung an die Matrosen vom Flaggschiff. Ich eigne mich nicht zu Kranzniederlegungen und Ansprachen mit Musik. Ich rede dazwischen.

Die Sechshundert reden aus mir.

Sechshundert? Sechshunderttausend! Sechs Millionen! Die Russen warten darauf, sich anzuhängen. Russen, Nummern, von Rüstern geboren.

Und deshalb rede ich und erzähle. Zu dir, Kanonenfutter von morgen!

Hör' zu: Das erste Kapitel heißt „Hurra!“ Täglich drei Spalten unterm Strich. Mit Fortsetzung folgt.

Schupos für Winterhilfe.

Große Sammelaktion am 2. und 3. Februar.

Am 2. und 3. Februar wird die Berliner Schutzpolizei eine Sammlung für die Winterhilfe — ähnlich wie die Berliner Feuerwehr es getan hat — durchführen.

Die Sammlung findet von 10 bis 7 Uhr statt, und zwar auf folgenden Plätzen: Potsdamer Platz, U-Bahn; Potsdamer Platz, Bellevuestraße; Leipziger Platz, U-Bahn; Pariser Platz; Potsdamer Straße Ecke Margaretenstraße; Potsdamer Straße Ecke Bülowstraße; Jansbrücker Platz, Kaiserliche; Steglitz, Rathaus; Berliner Straße Ecke Kaiserliche; Bamberger Platz; Rollendorfsplatz; Wittenbergplatz; Zoo-Isa-Palast; Kurfürstendamm Ecke Uhlandstraße; Kurfürstendamm Ecke Jochimssthaler Straße; Wilmersdorfer Straße Ecke Kantstraße; Charlottenburg, Anie; Wilmersdorfer Straße Ecke Bismarckstraße; Charlottenburg, Wilhelmplatz; Budapester Straße, Hotel Eden; Spittelmarkt; Dönhofsplatz; Unter den Linden Ecke Friedrichstraße; Alexanderplatz, Bahnhof; Königstraße, Rathaus; Bahnhof Friedrichstraße; Stettiner Bahnhof; Kolonischer Platz; Belle-Alliance-Platz (Halleisches Tor).

Die Kapelle der Schutzpolizei wird an beiden Tagen konzertieren, und zwar am 2. Februar von 12 bis 13 Uhr vor dem Rathaus Königstraße, von 13½ bis 14½ Uhr auf dem Belle-Alliance-Platz, von 15 bis 16 Uhr auf dem Bamberger Platz; am 3. Februar von 12 bis 13 Uhr gleichzeitig auf dem Dönhofsplatz, auf dem Wittenbergplatz, auf dem Wilhelmplatz, Charlottenburg.

„Rettet euer Geld!“

Verhinderung einer neuen Devisenschlebung.

Von der Kriminalpolizei war seit geraumer Zeit ein Kaufmann Karl H. aus der Willebenstraße in Charlottenburg unter Beobachtung gestellt worden, da gegen ihn der Verdacht bestand, daß er sich mit Devisenschleubungen beschäftige. Der Kaufmann stand in Verbindung mit einer Bank in Amsterdam, die sich „Anetoba“ nennt. Für diese Firma war er in Berlin als Agent beschäftigt. Seine Tätigkeit bestand darin, entsprechende Werbeschriften in Umlauf zu bringen, die die Aufforderung enthielten: „Rettet euer Geld in Gold.“ Die Leute sollten dem Kaufmann H. ihre Gelder anvertrauen, der von sich aus das Geld in Devisen anlegen würde. Die Kriminalpolizei erfuhr von der Sache, verfolgte den Mann heimlich und beobachtete ihn, wie er in einem Lokal seine Werbeschriften verteilte. Sie griffen jetzt zu und nahmen ihn fest. Der Kaufmann wird sich wegen Vergehens gegen den Paragraphen 18 der Devisenordnung zu verantworten haben.

Von einem Betrunknen überfahren.

Durch die Betrunktheit eines Privatfahrers wurde am Rudolf-Wilde-Platz in Schöneberg ein folgenschwerer Straßenunfall verursacht. Der Schuldige, ein 30 Jahre alter Vertreter Paul Brandt aus der Zimmerstraße in Steglitz fuhr in hohem Tempo über den Platz. Eine 24 Jahre alte Sekretärin Anni Skopnik aus der Hühnerstraße 10, die gerade den Fahrdamm überschritt, wurde vom Auto erfasst und zur Seite geschleudert. Mit schweren Schädelverletzungen wurde das Mädchen ins Krankenhaus gebracht. Der Autofahrer, der angeblich von dem Unfall nichts gemerkt hatte, konnte erst am Rollendorfsplatz

Salabans Lügennetz zerrissen

Volles Geständnis des Falschmünzers

Der vor einiger Zeit verhaftete Falschmünzer Salaban hat jetzt das Geständnis abgelegt, daß er bereits seit dem Jahre 1929 falsche Zweimarkstücke hergestellt und daß er ohne jede Hilfe gearbeitet hat. Zu diesem Geständnis bequeme sich Salaban erst, als die Polizei nach langem vergeblichen Suchen auf dem Boden der Villa unter den Dienen vier Prägestücke gefunden hatte, die in ganz raffinierter Weise verborgen worden waren. Wie Salaban weiter angab, hatte er sich eine zweite Prägestricke von einer Berliner Firma gekauft, die aber schlechter arbeitete als die alte Prese. Er hat dann die neue Prägestricke in einzelne Teile zerlegt, in Kisten verpackt und diese an verschiedene fingierte Firmen geschickt. Es ist wahrscheinlich, daß diese einzelnen Maschinen Teile in verschiedenen Städten als Fundgut betrachtet und inzwischen versteigert worden sind.

Die Voruntersuchung „Felsenad“.

Neue Verhaftungen.

In der Voruntersuchung gegen Adam und Genossen wegen des Zusammenstoßes an der Kolonie „Felsenad“ hat der Untersuchungsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung auf weitere 18 Personen ausgedehnt. Die Erweiterung der Voruntersuchung erfolgt gegen 14 Teilnehmer des Zuges der Nationalsozialisten wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen Totschlags an den Arbeiter Jiri Alekta, gegen 3 Kolonisten wegen versuchten

Totschlags und gegen ein Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus wegen gemeinschaftlichen Totschlags an den Kunstmaler Schwarz und versuchten Totschlags an den Werkzeugschleifer Wikowski, gegen sämtliche Beteiligte auch wegen des Verdachts des Raufhandels. Gegen 25 der in dieser Sache festgenommenen Personen ist Haftbefehl erlassen. Die Angeeschuldigte Frau Anni König ist mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft aus der Haft entlassen, da bei ihr ein Fluchtverdacht nicht mehr besteht. Die Voruntersuchung in dieser Sache wird also jetzt insgesamt gegen 48 Personen geführt.

Die Bluttat an Polizeiwachmeister Fiebig.

Im Zusammenhang mit den trotz polizeilichen Verbots durchgeführten Anti-Kriegsdemonstrationen der K.P.D. vom 1. August vorigen Jahres, in deren Verlauf der Polizeihauptwachmeister Fiebig durch einen Lungenschuß schwer verletzt worden ist, hat jetzt die Staatsanwaltschaft I Berlin nach Abschluß der Voruntersuchung Anklage gegen insgesamt 10 Personen erhoben. Den Angeeschuligten Rudakowski, Mahe und Pieper wird versuchter Totschlag, schwerer Aufruhr und Vergehen gegen das Schusswaffengesetz zur Last gelegt. Gegen sieben weitere Angeeschuldigte wird der Vorwurf der Begünstigung, des einfachen und schweren Aufruhrs und des Vergehens gegen das Schusswaffengesetz erhoben. Die Angeeschuldigten befinden sich mit einer Ausnahme sämtlich in Untersuchungshaft.

Vater und Jugendamt.

Wegen Bedrohung und Nötigung verurteilt.

Es gibt Eltern, insbesondere Väter, mit denen die Jugendämter ihre Qual haben. Sie bereiten die größten Schwierigkeiten, ergeben sich in wüsten Beschimpfungen und wollen sich über Jugendamt und Vormundschaftsgericht hinwegsetzen. Es muß aber schon besonders arg zugehen, wenn sich das Jugendamt dazu entschließt, gegen solch einen Vater Strafanzeige wegen Bedrohung und Nötigung zu erstatten.

Das Elternpaar R. bewohnt mit fünf Kindern Stube und Küche. Zwei von den Kindern verdienen, auch der Vater hat zwischenbüchler Arbeit; im großen und ganzen lebt aber die Familie von Wohlfruchtunterstützungen; der Vater trinkt sehr gern über den Durst. Die beiden jüngsten Kinder vermahren sich zueinander. Das Jugendamt macht Vorstellungen, gibt sich die größte Mühe, die Kinder vor endgültiger Vermählung zu retten, der Vater stellt sich immer wieder hindernd in den Weg. Er pocht auf sein Vaterrecht und will niemand in seine Erziehungsmethoden hineinreden lassen. Es bleibt nicht anderes übrig, als das Vormundschaftsgericht darum zu ersuchen, ihm das Sorgerecht zu entziehen. Das geschieht. Um unerquicklichen Austritten aus dem Wege zu gehen, bringt die Fürsorgerin die beiden Kinder direkt von der Straße in ein Jugendheim. Sie sind dort gut aufgehoben. Was tut aber der Vater? Er erscheint auf dem Jugendamt, beschimpft die Fürsorgerin in der gemeinsten Weise, droht ihr den Garaus zu machen, stellt Geldforderungen — zuerst sind es 2000, dann 20 M., schließlich 50 Pf. —, geht auf sie mit erhobenem Stuhl los, nur das Dazwischenreten des Leiters des Jugendamts verhindert ein Unglück. Er erfährt auf Umwegen die Adresse des Jugendheims, in dem seine Kinder untergebracht sind, begibt sich dorthin, droht alles kurz und klein zu schlagen und erzwingt, daß ihm die Kinder über die Weihnachtseierzeit mitgegeben werden.

Immer häufiger werden seine Besuche im Jugendamt, immer heftiger seine Ausfälle dabelst; das Jugendamt erstattet Anzeige. Das Gericht sieht einen vollständig einseitigen Mann vor sich, der sich nicht davon abbringen läßt, daß er kein Anrecht mehr darauf hat, für seine Kinder zu „sorgen“. Das Urteil lautet auf acht Monate Gefängnis. Er legt Berufung ein.

In der zweiten Instanz läßt er sich nach langem Neberrreden durch den Vorsitzenden dazu herbei, die Berufung bloß auf das Strafmaß zu beschränken. An Einsicht hat er noch immer nichts hinzugelernen. Er erklärt immer noch, sein Recht weiter verfolgen zu wollen. Seine Kinder hätten es zu Hause außerordentlich gut gehabt, niemand wäre imstande, ihnen die „Elternliebe“ zu ersetzen. Das Gericht will aber diesen zweifelsohne schwer belasteten Menschen doch nicht auf acht Monate ins Gefängnis schicken. Es mindert die Strafe auf vier Monate herab und billigt ihm auch eine Bewährungsfrist zu unter der Bedingung, daß er in Zukunft jegliche Erzeffe unterläßt und die Kinder im Jugendheim nicht belästigt...

Schlauerereien in Naziverfassungen.

Zwei nationalsozialistische Versammlungen, die gestern Abend in den Concordiasälen in der Andreasstraße und in einem zweiten Versammlungsort in der Frankfurter Allee 2 stattfanden, mußten von der Polizei aufgelöst werden, da es zwischen Hakenkreuzern und Kommunisten zu schweren Schlägereien gekommen war. In den Concordiasälen setzte sich das Handgemenge auf der Straße fort, und die Polizei mußte mehrfach einschreiten. In der anderen nationalsozialistischen Versammlung wurden bei der Schlägerei sechs Beteiligte verletzt. 44 Kommunisten und 37 Hakenkreuzer wurden festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

Was kostete 1930 eine Neubaubwohnung? In einer aufschlußreichen Abhandlung in der neuesten Nummer der vom Verband sozialer Baubetriebe herausgegebenen Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ werden die Kosten einer Neubaubwohnung im Jahre 1930 berechnet; es ergibt sich, daß die Gesamterstellungskosten einer 2½-Zimmer-Wohnung in den Großstädten rund 10000 Mark und auf dem Lande 7600 M. kostete. Den Gründen dieser Feststellung des Statistischen Reichsamts wird in der Abhandlung nachgegangen. — Bauparer finden gleichfalls eine außerordentlich lehrreiche Abhandlung über das Bauparzellenproblem.

Die Strecke Potsdamer Ringbahnhof—Hordstraße muß in der Nacht vom Sonnabend, 30. zum Sonntag, 31. Januar, von 21 Uhr bis Betriebsanfang wegen Ausmischung einer Brücke gesperrt werden. Die Vorarbeiten nach und von Lichterfeld-Ort beginnen und enden daher für die Zeit der Sperrung in Bapestraße, die Tage nach und von 30ffen in Nordstraße. Reisende müssen die Südringstraße benutzen und in Bapestraße umsteigen.

1932 Dieses Jahr kein Katarrh wenn Du **Wobum** nimmst! 90 u. 45 Pf.

Nazi kommt gut weg!

Staatsanwalt beantragt Zuchthaus, Gericht spricht frei

Nirgends wird so viel zusammengelogen, nirgends werden so viele Falscheide geschworen, wie in Prozessen wegen politischer Schlägereien mit und ohne tödlichem Ausgang. Nur selten erfährt man, in welcher Weise das Lügennetz zustande gekommen ist. In dem Prozeß gegen die Nationalsozialisten Meier, Präfte und Dömpke wurde das Rätsel der Entstehung solcher Aussagen ein wenig gelüftet: ein Kassiber, aus dem Gefängnis geschmuggelt, sollte die Wahrheit verschleiern. Wegen dieses Kassibers stand einer der Angeeschuligten aus jenem Prozeß, Präfte, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter der Anklage der Verteilung zum Meineid.

In einer Weihnachtsnacht 1930 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern des „Fußballklubs 1900“ und Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten glaubten sich durch Blöße „provokiert“, und sie fragten die Fußballer, was die wollten. Diese wieder fragten, was jene wollten. Schon aber hatte einer von den Fußballern vom Nationalsozialisten Meier einen Schlag bekommen. Unmittelbar danach drückte Meier auch seine Pistole ab. Er folgte ein zweiter Schuß. Zwei tote Fußballer blieben auf dem Platz. Das Gericht erster Instanz verurteilte die Angeeschuligten Meier, Präfte und Dömpke zu je 2 Jahren Gefängnis. Das Reichsgericht hob das Urteil auf. Das zweite Gericht erkannte auf sogenannte Putativnotwehr und verurteilte bloß Meier wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 1 Jahr Gefängnis.

Der Angeeschuldigte Präfte hatte aber aus dem Untersuchungsgefängnis nach Empfang der Anklageschrift durch einen zur Entlassung kommenden Strafgefangenen an seinen Bruder einen Kassiber geschickt, in dem er seinen Mitangeeschuligten und Zeugen u. a. vorschrieb, auszusagen, daß er und seine Kameraden vom Gegner mit voller Wucht angegriffen worden wären, daß es nicht weniger als 12 bis 15 Angreifer gewesen, die tödlich und mit Waffen vorgegangen seien, daß ein gewisser Bergmann ausfallen sollte, er habe die Waffe bei einem Unbekannten auf dem Nachweie gekauft. Ein gewisser Siwert sollte ausgeben, die Angreifer seien Kommunisten gewesen. Der Brief, hieß es, sei zu vernichten. Demgegenüber stellte das erste Urteil fest, daß der Angeeschuldigte durch den Kassiber die Aussagen habe beeinflussen wollen; die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Fußballklub unpolitisch sei und daß dessen Mitglieder beim Zusammenstoß keine Waffen geführt hätten und, daß die Angeeschuligten am Tage der Tat nicht der Ansicht gewesen seien, einen politischen Gegner vor sich zu haben, sondern sich das erst viel später zurechtgelegt hätten. Nach Auffassung des Gerichts hatte Präfte also seine Mitangeeschuligten und einen der Zeugen zu einer falschen Aussage verleiten wollen.

Präfte erklärte vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, an die Richtigkeit dessen, was er geschrieben, mit Ausnahme eines Punktes, geglaubt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte wegen Verteilung zum Meineid 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust und Haftbefehl; es sei notwendig, die Tendenz zu falschen Aussagen in politischen Prozessen

auf das schärfste zu bekämpfen. Das Gericht sprach den Angeeschuligten frei mit der Begründung, daß subjektiv eine Verteilung zum Meineid nicht vorliege...

Abenteuer eines Staatsanwalts.

Nachspiel einer Bierreise in Moabit.

Auch ein Staatsanwalt ist schließlich nur ein Mensch. Und wenn gar ein Staatsanwalt aus dem Ausland nach Berlin kommt, um fern von seiner Heimat und seinem Dienstort ohne überflüssige Konvention das Leben zu genießen, so hört er, gewissermaßen, überhaupt auf, Staatsanwalt zu sein. Der Staatsanwalt, von dem hier die Rede ist, ist ein ausländischer Staatsanwalt. Wenigstens behaupteten das vor dem Einzelrichter in Moabit die beiden Angeeschuligten: die 40jährige Anna und der 40jährige Louis. Beide ernähren sich heute noch von der Friedrichstraße. Mit dem „Staatsanwalt“ hat es aber folgende Bewandnis:

Eines Nachts gab es auf der Friedrichstraße einen Aufruhr. Drei Straßenmädchen treiften sich gegenseitig an, es fehlte nicht viel und sie hätten einander in den Haaren gelegen. Das Publikum rings herum amüsierte sich köstlich. Da kam der 40jährige Louis hinzu, um für Ruhe und Anstand zu sorgen. Seine Einmischung brachte die Frauen noch mehr in Rage; jetzt wandten sie sich gegen ihn, und wer weiß, wie die Dinge noch ausgegangen wären, wenn nicht plötzlich ein eleganter Herr hinzugekommen wäre und kurzerhand gefasgt hätte: Kinder, jetzt aber Schluss, kommt alle vier mit. Am Ru waren Zank und Streit vergesen, man ging mit man wanderte von einem Lokal ins andere, trank Bier, Schnaps, Selt, man feierte „Arien“, wie die Angeeschuldigte sagte. Als die Stimmung den Höhepunkt erreicht hatte, stellte sich der freigiebige Herr vor... als ein Staatsanwalt. Auch Louis stellte sich vor... als Kaufmann. Seine 13 Vorstrafen verschwiegen er. War es doch ein „Staatsanwalt“, wenn auch nur ein fremder.

Auch der Morgen machte der Gesellschaft kein Ende. Man begab sich nach dem Westen. Es wurde weiter gezecht, aus verschiedenen Lokalen wurde man hinausgemorfen und schließlich hatte der „Staatsanwalt“ genug; er bestieg mit Ach und Krach ein Auto und fuhr in sein Hotel. Wie es ihm zumute gewesen sein mag, als er seinen Raufsch ausgegessen hatte, davon erfuhr man in Moabit nichts. Wohl aber, daß seine vier Zerkumpaninnen zuhause sein ausländisches Geld, das unterdessen von Louis in Mark umgemischt worden war, unter sich geteilt hatten; auf jeden kamen 300 Mark. Also hatten Sie Ihren Spenderer bestohlen? „A bemahre, der war ja sooo freigiebig; er hatte seine Brieftasche auf den Tisch gelegt und einfach gefasgt: „Nehmt, Kinder, nehmt, alles gehört euch.“ Wir haben aber nicht genommen, behüte Gott; er hat uns selbst gegeben.

Das Gericht hatte für diese Freigiebigkeit des fremden Staatsanwalts wenig Verständnis. Die Angeeschuligten erhielten je zwei Monate Gefängnis.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Erweiterter Bezirksvorstand.
Freitag, den 29. Januar, 19 1/2 Uhr, Sitzung des
Erweiterten Bezirksvorstandes im Sitzungssaal, Linden-
straße 3, 2. Hof, 2. Treppen.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr,
sofern keine besondere Zeitangabe!

1. Kreis. Heute, Freitag, 29. Januar, von 9 bis 17 Uhr Zusammenkunft der erwerbslosen Parteimitglieder in der Dunderstr. 6-66. Von 18 bis 19 Uhr Stenographiekursus, von 19 1/2 bis 21 1/2 Uhr Spezialkursus an gleicher Stelle.
2. Kreis. Heute, Freitag, 29. Januar, bei Lemie, Schöneberg, 88, Funktionär-Sitzung. An bekannter Stelle Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder.
3. Kreis. Abrechnung der Abteilung Sonnabend, 30. Januar, 18 1/2 Uhr, bei Reiter, Fährstraße, 1.
4. Kreis. Sonnabend, 30. Januar, 20 Uhr, Funktionär-Sitzung in der „Volkshaus“, Kreuzstr. 68, Blücherstraße.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Sitzung um 19 1/2 Uhr Fortsetzung Rufus Paula Kurtag: „Die Frau in der gesellschaftlichen Krise der Gegenwart“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreuzberg, Abt. Bezirksrat: Sitzung! Wir treffen uns Sonntag zur Kreiserversammlung nicht um 13 Uhr, sondern 15 Uhr im Saal des ...

Tempelhof u. Neu-Tempelhof: Kaffeehausfahrt nach Alt-Tempelhof ...

17. Kreis. Hiltberg. Heute fallen Parlaments-Sitzung um 17 1/2 Uhr im ...

18. Kreis. Reinickendorf. Montag, 1. Februar, 20 Uhr, Arbeitserklärung ...

Abt. Stiglitz. Heute, Freitag, Einführung in das Schachspiel ...

Kreisrat: Alle Gruppen treffen sich Sonntag, 31. Januar, pünktlich 13 1/2 Uhr ...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

28. Abt. Am 28. Januar verstarb nach längerem Leiden unter alter Genossin ...

Die diesjährige „Weiße Woche“ gibt den Konsumgenossenschaftlichen ...

Der Osterhase an der Arbeit. Gestern ist — an einem einzigen Tage — der ...

Extra gut - Extra billig - Lebensmittel

HARDT

Weisse Wochen
 Vorverkauf Freitag u. Sonnabend

Bestellungen über 5 Mark unter F 6 Boerwald 0012 werden prompt erledigt

Frischfleisch		Geflügel und Wild	
Rinder-Suppenfl. an Pfd. 0.48	Kafler an Pfd. 0.73	Suppenhühner an Pfd. 0.88	Gänsestückenfl. an Pfd. 0.80
Kalbshinderfleisch an Pfd. 0.88	Schw.-Schinken m. B. an Pfd. 0.88	Enten an Pfd. 0.88	Hirschblat an Pfd. 0.54
Rinder-Rouladen an Pfd. 0.88	Hammelvorderfl. an Pfd. 0.88	Gänsekeulen an Pfd. 0.9.	Mosen gestr. an Pfd. 0.75
Frische Fische		Butter • Fette • Eier	
Kabeljau o. K. an Pfd. 0.28	Fettbücklinge 2 Pfd. 0.45	Molkereibutter Pfd. 1.08	Tarrog. Wermutfl. 0.75 Stk. 4.75
Seelachs o. K. an Pfd. 0.20	Sprossen Kistchen, ca. 1 Pfd. 0.22	Tafelbutter Pfd. 1.22	Malaga, Samos. 1.1. 5 Stk. 5.25
Rotbars o. K. an Pfd. 0.28	Makr.-Bücklinge Kat., ca. 2 Pfd. 0.48	Markenbutter Pfd. 1.30	Bowlenwein 1 Lt. 1.65 5 Lt. 3.15
Schollen 3 Pfd. 0.28	Makr. feine pom. an Pfd. 0.34	Marg. Kokostett 3 Pfd. 0.95	30er Edesheim. Str. m. Fl. 0.85
Grüne Heringe an 3 Pfd. 0.35	Imp. Sardellen Pfd. 0.85	Schweineschmalz Pfd. 0.44	Liebraumilch, Nierst. m. Fl. 0.95
Lebende Plötzen an Pfd. 0.28	Olsardinen 5 Dosen 0.95	Bratenschmalz Pfd. 0.44	29er Cochem. Kramp m. Fl. 0.95
Lebende Karpfen		Weine • Spirituosen	
an Pfd. 0.60	Div. Fischmarinaden 0.50	Apfelsinen 3 Pfd. 0.44	Johannisbeerwein 3.30
Käse		Obst und Gemüse	
Romadour Stk. 0.18	Gek. Schinken 1/2 Pfd. 0.28	Rot, Weiß, Wirsingkohl. Pfd. 0.06	Jg. Kohlrabi Ds. 0.33
Camembertvollf., Schachtel 0.18	Kons. Sülze Pfd. 0.38	Pflaumen mit Stein Ds. 0.58	Jg. Bruch- u. Schnittb. Ds. 0.42
Harzer ca. 1 Pfund-Packung 0.28	Spekwurst Pfd. 0.58	Pflaumen ohne Stein Ds. 0.72	Gemüse-Erbsen Ds. 0.52
Allg. Limburger Pfd. 0.44	Dampfwurst Pfd. 0.70	Pfirsiche gr. Frucht Ds. 0.75	Jg. Erbsen mittelfein. Ds. 0.74
Holländer hottefett Pfd. 0.58	Bierwurst Pfd. 0.70	Mirabellen Ds. 1.15	Kaiserschoten Ds. 1.30
Schweizer, dän. Pfd. 0.80	Jogdwurst Pfd. 0.75	Kirschen schw. o. St. Ds. 0.98	Gemischtes Gemüse Ds. 0.86
Steinbuscher vollf. Pfd. 0.85	Echte Braunschw. Pfd. 0.82	Kirschen schw. m. St. Ds. 0.98	Gem. Gemüse mittelf. Ds. 0.90
Tilsiter, feine Qual. Pfd. 0.85	Feine Leberwurst Pfd. 0.98	Ananas Malaya Ds. 1.35	Gem. Gemüse sehr fein Ds. 1.45
Brieckäse vollf. Pfd. 0.85	Cervelat u. Solomi Pfd. 0.98	Apfelmus tafelfertig Ds. 0.65	Spargel dünn Ds. 1.10
Edamer vollf. Pfd. 0.70	Teewurst, grobe Pfd. 1.05	Schmelzbeeren Ds. 0.75	Bredspargel stark Ds. 1.93
Emmentaler o. Rd. Pfd. 0.75	Cervelatwurst 1. Fein. Pfd. 1.20	Stachelbeeren Ds. 0.75	Stangenspargel Ds. 1.50
Schweizer fin. Pfd. 0.80	Speck mager Pfd. 0.84, fetter Pfd. 0.88	Apfel-Gelee ca. 1 Pfd. Gl. 0.95	Stg.-Sparg sehr stark Ds. 2.05
Schweizer boyr. vollf. an Pfd. 0.85	Schinkenspock Pfd. 1.20	Himb.-Gelee ca. 1 Pfd. Gl. 0.95	Spargelköpfe grün Ds. 1.75
Butterkäse Pfd. 1.23	Nußschinken Pfd. 1.32	Kirsch-Gelee ca. 1 Pfd. Gl. 0.80	Pfifferlinge Ds. 1.10
Wurstwaren		Obstkonserven	
Gek. Schinken 1/2 Pfd. 0.28	Pflaumen mit Stein Ds. 0.58	Malzbonbon Pfd. 0.50	
Kons. Sülze Pfd. 0.38	Pflaumen ohne Stein Ds. 0.72		
Spekwurst Pfd. 0.58	Pfirsiche gr. Frucht Ds. 0.75		
Dampfwurst Pfd. 0.70	Mirabellen Ds. 1.15		
Bierwurst Pfd. 0.70	Kirschen schw. o. St. Ds. 0.98		
Jogdwurst Pfd. 0.75	Kirschen schw. m. St. Ds. 0.98		
Echte Braunschw. Pfd. 0.82	Ananas Malaya Ds. 1.35		
Feine Leberwurst Pfd. 0.98	Apfelmus tafelfertig Ds. 0.65		
Cervelat u. Solomi Pfd. 0.98	Schmelzbeeren Ds. 0.75		
Teewurst, grobe Pfd. 1.05	Stachelbeeren Ds. 0.75		
Cervelatwurst 1. Fein. Pfd. 1.20	Apfel-Gelee ca. 1 Pfd. Gl. 0.95		
Speck mager Pfd. 0.84, fetter Pfd. 0.88	Himb.-Gelee ca. 1 Pfd. Gl. 0.95		
Schinkenspock Pfd. 1.20	Kirsch-Gelee ca. 1 Pfd. Gl. 0.80		
Nußschinken Pfd. 1.32	Apfel-Marmel. ca. 2 Pfd. E. 0.75		
	Gem. Marmel. ca. 2 Pfd. E. 0.75		

In den Dachhallenspielen die Kapellen Marek Weber u. Gerhard Hoffmann im Erfrischungsraum III. Stock spielt die Kapelle Bloch

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
 Freitag, den 29. Januar
Staatsoper Unter den Linden
 19 1/2 Uhr
Die Hugenotten

Städt. Schauspielhaus
 Geddesmarkt
 20 Uhr
Othello

Schiller-Theater
 Gendarmenbr.
 20 Uhr
Die göttliche Jette

Schon 28 Tage
 zerbricht sich Berlin
 den Kopf über
Miss Okulta
 und das Geheimnis
 ist immer noch nicht
 gelüftet

Winter Garten

20 Zigeunerinnen
 Scarlett Schimpansen,
 Wolf & Hoppé, Zengrenos
 Bredwins, Lepomme usw.
 8 Uhr 15, Flora 3434, Pausen erlaubt.
 Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
 4 Uhr u. 8 Uhr 15. 4 Uhr kleine Preise.

Städt. Oper
 Charlottenburg
 Sismarckstraße 34
 Freitag, 29. Januar
 Turnus III
 Anfang 20 Uhr
**Friedemann
 Bach**
 Ende geg. 22.30 Uhr

Kleines Th.
Truppe 1931.
 Tägl. 8 1/2 Uhr
Die Mausfalle
 Preise 75 Pf. — 5 M.
 Sonnt. nachm. 4 U.
 halbe Preise.

Deutsches Theater
 8 Uhr
TIMON
 von Ferd. Brückner
 Regie Heinz Hilper
Die Komödie
 8 1/2 Uhr
 Letzte 2. Aufführung.
**Der Waffel mit
 dem Schatten**
 von Wilhelm von Scholz
 Regie Hans Deppe
**Kurtstendamm-
 Theater**
 11 445 — 8 1/2 Uhr
 Letzte Aufführung.
 Aufrecht-Produktion
Nahagonny
 von Brecht u. Weill

Lessing-Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Morgen gehts
 uns gut!
 Grete Neuhelm
 Max Hansen
 Orchester Dajos Bela

Stettiner Sänger
 im Reichshallen-Theater
 Bönhoffplatz
 8 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr zu er-
 mäßigten Preisen.
 Das neue Programm mit d. Barocke
 „So'n Reinfal!“
 Preise abgebaut!

KOSTUMBALL DER VOLKSBUHNE
 Sonnabend, den 30. Januar, Sportpalast
SAURE WOCHEN / FROHE FESTE

Drei Kapellen - Tanzvorführungen
 Große Tombola (Los 50 Pfennig)
 Kein Weinzwang! Kein Kostümzwang!

EINLASSKARTEN 2 MARK in der Geschäftsstelle der
 Volksbühne, Lindenstraße 227, an den Tietz'schen Theater-
 kassen und an der Abendkasse des Sportpalastes — Für
 Nichtmitglieder der Volksbühne 0,50 Mark Nachzahlung

PLAZA
 Täglich 8 u. 8.15 Uhr
 Samstags 2, 5 u. 8.15 U.
 D. u. Toni aus Wien

Rose-Theater
 Letzte Frankfurter Straße 137
 Tel. Weidau 7 3427
 8.15 Uhr
Der Beittelstudent

Theater am Nollendorfplatz
 Regie: Heinz Lehberg
 Pallas 7001
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sg. auch 4 1/2 Uhr
Gasparone

GR. SCHAUSPIELHAUS
 Täglich 8 Uhr

**Hoffmanns
 Erzählungen**

REINHARDT IN ZENIERUNG
 Sonntag nachmittag 3 Uhr
 billige Preise der Plätze

Volksbühne
 Theater am Bülowplatz
 8 Uhr
Der Gefangene
 mit
 Albert Bassermann

Städt. Schiller-Theater
 8 Uhr
**Die göttliche
 Jette**

Theater des Westens
 Täglich 8 1/2 Uhr
Karl Jöken
 in
Der Vogelhändler
 Preise von 50 Pf. an

Motopol-Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Ein Lied der
 Liebe**
 Hch. Tanber
 Anni Ahlers
 Vorverkauf unmittelbar

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
 Lothringer Straße 37.
 Nur noch bis 29. Januar
Was man aus Liebe tut
 und die Operette „Das Schlangens-Souper“
 Sonnabend, den 30. Januar zum 1. Male
Ehen von heute
 Jutschen 1-4 Personen: Paikett 30 Pf.
 Paikett 1-4 Personen: Sessel 1.50 Mark.

direkt SCHUHE

potsdamerstr. 27
 mech. reparatur
 anstatt direkt

leipzigstr.
 ecke wilhelmstr.
 direkt-zentrale

hardenbergstr.
 27a - ad. gedächtn.
 Kirche, direkt am raa
 5- und u-bahn

berolinahaus
 direkt am
 alexanderplatz
 5- und u-bahn

eröffnung

charlottenburg
 wilmerstr.
 ecke schillerstr.
 direkt-sammel-nr.
 A 2 CLORA 725b.

morgen
 alexanderplatz
 eröffnung morgen
 alle direkt-schuhe
 preis

5

NEUE WELT
 Apollo 3002
 U-straßer angul. Bass beide 100-14

Großes Bockbierfest
 u. Groß. Schlager-Kabarett-
 Tanz-Abend
 Alfred Braun konzeriert
 50 prominente Künstler
 6 Kapellen • Bayr. Beilung
 Beginn 7 Uhr

HAUS WATRIANG
 RINGSTR. 7260

**Das
 Vergnügungs-
 Restaurant
 Berlins**
 BETRIEB
 KEMPINSKI

Das Europafartell für Kohle.

Die Stationen der Kohlenverständigung sind Leidensstationen der Bergarbeiter.

Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat dem Völkerbundsrat die Empfehlungen zugewandt, die es als Ergebnis der Mitte Januar abgehaltenen Genfer Kohlenkonferenz formuliert hat. Diese Konferenz, der ursprünglich allenthalben mit einer geradezu hoffnungslosen Steifigkeit begegnet worden ist, hat in ihrem Verlauf doch zu Ergebnissen geführt, die zu einer Fortsetzung der kohlenwirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes unter Anteilnahme von Unternehmer-, Arbeiter- und Verbrauchervertretern ermutigen.

Was die Bergarbeitervertreter den übrigen Teilnehmern an der Genfer Kohlenkonferenz als soziale Folgen des kohlenwirtschaftlichen Wirrwarrs in Europa darstellen mußten, war ein Leidensbild von höchster dramatischer Spannung. Wenn die Menschheit die technischen Energien, die die Kohle liefert, nur gewinnen kann durch Vernichtung sozialer Energien, durch Zerstörung des Lebensglücks und aller Lebenshoffnungen von Hunderttausenden von Bergleuten, die schon, wenn sie Arbeit haben, niemand eigentlich um ihr Los beneidet, dann wird

der Fortschritt zu einer Grimasse.

Der Kohlenbergbau war ein ökonomischer und sozialer Krankheitsherd unseres Erdteils lange bevor die Weltwirtschaftskrise zu einer grössten Ueberespigung der verhängnisvollen Unausgeglichenheiten von Produktionsmöglichkeiten und Absatzmöglichkeiten führte. Eine Reihe großer Bergarbeiterstreiks — den langwierigsten kämpften die englischen Bergarbeiter im Jahre 1926 — geben davon ebenso Kunde wie die protektionistischen Maßnahmen, die dem Bergbau der verschiedenen Länder Mittel der Allgemeinheit und sonstige Sonderprivilegien zuschanden, ohne daß damit eine Gesundung sich auch nur anbahnen konnte.

In einer mit zunehmender Dauer immer sinnloseren Jagd nach einer höheren internationalen Absatzquote erschöpften sich nicht nur die finanziellen Kräfte der Bergbauindustrie, nein, auch die übrigen Industrien und sonstigen Kohlenverbraucher wurden durch einen verhältnismäßig überhöhten Inlandskohlenpreis ebenfalls in ihrer wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit geschwächt.

Wohlt kaum ein Land ist so nachdrücklich davon betroffen worden wie Deutschland, das jährlich Hunderte von Millionen dem Kohlenexport zum Opfer gebracht und — das ist die fatale Reversseite — dessen Inlandsaufschlag am stärksten von allen Kohlenländern gelitten hat. Das Niedergangstempo der deutschen Kohlenwirtschaft hält den Rekord, wenn auch in den absoluten Höhen England einige Punkte ungünstiger darsteht. Man begreift nur schwer, daß es unter diesen traurigen Umständen so lange dauern mußte, bis der bloß theoretischen Verkündung des Verständigungsgebantens die

ersten praktischen Ansätze einer Verständigungspolitik

gefolgt sind. Daß überhaupt solche Ansätze sichtbar geworden sind, ist dem Völkerbund zu danken, der nach anfänglichem Widerstreben doch der Initiative der Bergarbeiterinternationalen nachgegeben hat und eine umfassende Lösung des arg verwickelten Kohlenproblems in Angriff nahm. Das war vor etwa drei Jahren. Inzwischen ist auch eine gewisse sozialpolitische Annäherung in die Wege geleitet worden, indem nach mancherlei Zwischenstationen und Zwischenfällen die letzte Internationale Arbeitskonferenz eine Vereinheitlichung und Verkürzung der bergbaulichen Schichtzeit auf 7½ Stunden beschloß.

Der Vorrang der sozialpolitischen Regelung war eigentlich mehr aus der Verlegenheit des Völkerbundes gegenüber wirtschaftspolitischen Lösungen entstanden. Erst die Verabschiedung dieser Konvention eröffnete dann wieder den wirtschaftspolitischen Weg, der zunächst durch ein ökonomisches Triebfeld führt. Das Scheitern konnte einem kommen, als es jetzt in Genf unter den Scheinwerfern sozialer, wirtschaftlicher und politischer Kritik gestellt wurde.

Von der Arroganz mancher Unternehmervertreter, die nach vor-

einigen Jahren eine Mitbeteiligung der Regierungen und der Arbeitnehmer an dem wirtschaftlichen Verständigungswert glaubten weit abweisen zu dürfen, war diesmal nicht mehr viel übrig geblieben, ja, nach dem eingestandenem Fehlschlag der privaten Verständigungsbemühungen schienen eine Reihe von Unternehmern froh zu sein, daß im Schoße des Völkerbundes ein offizieller Brückenbau begonnen wurde, an dem die Regierungen und die Arbeiter mitarbeiten werden.

Die Bildung des internationalen Kohlenkartells.

Das die geschäftliche Seite der Kohlenmarktregelung umschließen wird, soll nach der Genfer Diskussion nicht ohne Billigung der beteiligten Regierungen, die dabei sowohl auf die Wahrung der Interessen der Arbeiter wie die der Verbraucher zu halten haben, vor sich gehen. Das ist schon deswegen geboten, weil es die Regierungen ja in der Hand haben, die jetzigen Kohlenhandelserschwerenisse aufzuheben oder fortbestehen zu lassen. Im letzteren Falle würde der internationale Kartellvertrag nur wertloses Papier sein.

Vielleicht ist es in der handelspolitischen Wüste der Gegenwart schon ein Gewinn, daß die Regierungen allseitig in Aussicht gestellt haben, daß mit einer geeigneten wirtschaftlichen Regelung die heutigen Schranken für den Kohlenaußenhandel fallen sollen. Weiterhin wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß im Rahmen der Genfer Kohlenkommission die Vertreter der Unternehmer, Arbeiter und Regierungen bald, schon im Laufe des Sommers, wieder Gelegenheit gegeben werden soll, die Fortschritte der internationalen Kohlenorganisation zu beraten und weitere Vorschläge dafür zu entwickeln, insbesondere hinsichtlich

eines wirksamen Verbraucherschutzes.

auf den vor allem der Regierungsvertreter der Verbraucherländer großes Gewicht lagte, aber auch hinsichtlich einer ständigen Gelegenheit zur Wahrung der Arbeiterinteressen.

Wenngleich alle diese Vorschläge, zu denen die Genfer Kohlenkonferenz gelangt ist, lediglich als erste Umrisse einer möglichen Lösung gelten können, gibt doch die willensbetonte Atmosphäre, in der sie entstanden sind, einigen Mut zu der Erwartung, daß dieser Impuls nicht wiederum an dem Widerstand nationaler Vorurteile erlahmt und zerbricht, wie das leider so oft schon mit Genfer Arbeiten geschehen ist. Insbesondere ist es die allerdings noch recht bescheidene Mitbeteiligung von Arbeitnehmern, die den Topf am Kochen halten wird. Dafür ist es erforderlich, daß mit großer Entschiedenheit Bestrebungen entgegengetreten wird, die auf eine Verschärfung der Kohlenhandelsbeschränkungen hinauslaufen.

Die Genfer Kohlenkonferenz hat der europäischen Kohlenwirtschaft eine Begleitung gegeben, die aus der Satzung hinausweist. Dieser Ruf erfordert einige Konsequenz in der Haltung der Beteiligten, denn jede Zweispaltigkeit bezüglich der Stellung des zehnjährigen Europarats in dessen Mitte zu liegen unter zwar nicht angenehmen, aber unentrichtbarem Schicksal ist.

Dr. Georg Berger, Bochum.

Der deutsch-französische Vertrag.

Einzelheiten zu dem Abkommen der Elektroindustrie.

Zu dem Kontingentsabkommen der deutschen und französischen Elektroindustrie, dessen Abschluß wir bereits gemeldet haben, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Bei den von dem Vertrage erfaßten Fabrikaten, elektrischen Maschinen, Transformatoren, Apparaten, Staubsaugern sowie Koch- und Heizgeräten hat sich die Einfuhr nach Frankreich von 1927 bis 1929 von 7,7 bis auf 15 Millionen Mark erhöht, ist sodann im folgenden Jahr auf 34 Millionen gestiegen und erreichte 1931 einen Höchststand von 36 Millionen Mark. Diese anhaltende starke Steigerung der Einfuhr hat zu Protesten der französischen Elektroindustrie bei der Regierung geführt, so daß diese sich veranlaßt sah, auf Grund der sogenannten Katastrophenklausel des deutsch-französischen Handelsvertrages von

1927 Einfuhrbeschränkungen von Deutschland zu fordern. Das Ziel der Verhandlungen war, eine zollpolitische Einfuhrerschwerung zu verhindern, man hat sich daher auf die Festlegung bestimmter Kontingente (Einfuhrmengen) geeinigt. Diese Kontingente sind in ein festes Verhältnis zu dem jeweiligen Beschäftigungsgrad der französischen Elektroindustrie gebracht, so daß sie also eine gleitende Skala bilden. Von Vierteljahr zu Vierteljahr werden die Kontingente dem Beschäftigungsgrad entsprechend neu festgesetzt. Als Basis des Abkommens gilt das Jahr 1931. Für das erste Quartal 1932 liegen die deutschen Einfuhrkontingente um durchschnittlich 10 bis 20 Proz. unter den freien Einfuhrmengen des Vorjahres.

Wenn es auch erfreulich ist, daß zwischen Deutschland und Frankreich ernstere handelspolitische Konflikte infolge gegenseitiger Zugeständnisse vermieden werden konnten, bleibt doch die unerfreuliche Tatsache der systematischen Einfuhrdrosselung durch Frankreich. Die allgemein vorherrschende Tendenz der Einfuhrbeschränkung zum Schaden aller wird auch durch dieses Abkommen bestätigt, das nur eine Notbrücke ist, um Schlimmeres zu verhüten.

Der Bierpreisskandal.

Nicht einmal um die 10 Prozent der Notverordnung werden die Bierpreise gesenkt!

Es wird offiziell bestätigt, daß die Bierpreise ab 1. Februar nur um 2 Mark je Hektoliter gesenkt werden. Die amtliche Verlautbarung stellt selbst fest, daß diese Preisentwertung, berechnet auf den hiersteuerfreien Teil des Brauerpreises, die von der Bierien Notverordnung vorgeschriebenen 10 Proz. noch nicht erreicht. Dem Geiste des Reichsernährungsministeriums, das die letzten Verhandlungen führte, die Preise wo auch immer hochzuhalten, entspricht die Begründung dieses skandalösen Verhandlungsergebnisses. Der außerordentlich starke Rückgang des Bierverbrauchs habe die wirtschaftliche Lage besonders der mittleren und kleineren Betriebe sehr geschwächt. Eine über 2 Mark hinausgehende Preisentwertung wäre nur bei einer damit verbundenen Steigerung des Konsums vertretbar. Da diese aber bei der jetzigen Preisentwertung nicht zu erwarten sei, sei eine stärkere Herabsetzung des Brauerpreises nicht möglich.

Es ist bekannt, daß die Brauereien selbst eine Preisentwertung von 2,50 Mark angeboten hatten. Es ist ebenso bekannt, daß eine Preisherabsetzung um 5 Mark nach den Produktionskosten möglich wäre. Dennoch bringen die Reichsbehörden es fertig, sich nicht nur mit einer Preisentwertung von 2 Mark zu bescheiden, sondern sich auch noch die Argumente der Großbrauereien zu eigen zu machen. Die großen und größeren Brauereien liefern 60 Proz. der deutschen Bierproduktion. Es steht fest, daß es diesen Brauereien wirtschaftlich immer noch glänzend geht, und daß ihnen aus der Bergangenheit mächtige Gewinnreserven zur Verfügung stehen. Wenn allgemein in der deutschen Wirtschaft nach den auch von den Reichsbehörden jetzt akzeptierten Auffassungen der Großbrauereien die Preisentwertungsmaßnahme der Bierien Notverordnung durchzuführen gewesen wären, dann wäre in Deutschland eine Preisentwertung überhaupt ausgeschlossen gewesen. Die Zustimmung von Reichsbehörden zu den Wünschen der Brauereien ist eine offensbare Substanz der Preisentwertungsmaßnahmen der Reichsregierung überhaupt.

Angeichts der katastrophalen Finanzlage von Reich und Gemeinden wirkt es wie ein Hohn, wenn die amtliche Verlautbarung von der gnädigen Bereitwilligkeit der Brauindustrie Mitteilung macht, für den Fall einer Senkung der Biersteuer die Preisentwertungsmaßnahme der letzten Notverordnung auch durchführen zu wollen. Die ganze Behandlung der Bierpreissrage ist ein einziger und unerhörter Skandal. Sie wirkt als eine Auflage gegen die Reichsregierung, von der der Eindruck entsteht, daß sie das Versprechen des Reichsanzlers, eine Senkung der Realkaufkraft durch entsprechende Preisentwertung nicht eintreten lassen zu wollen, einfach nicht erfüllen will. Die Konsumenten und auch die meist von den Brauereien abhängigen Gastwirte werden einfach um ihr Recht geprellt.

Freitag u. Sonnabend
Vorverkauf



Jeder Pfennig zur Waren-Verbilligung

WEISSE WOCHEN

im Zeichen neuer Sachlichkeit

bei KARSTADT

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ · DER KARSTADT-BAHNHOF

Ab Montag im 2. Stock unseres Hauses **Wäscheschau** Vorführung durch 3 Schönheitsköniginnen und 5 preisgekrönten Mannequins vormittags von 11.30 bis 12.30 Uhr, nachmittags von 3.30 bis 4.30 Uhr u. von 5 bis 6 Uhr
Eintritt nur für Damen gegen Lösung eines Gutscheins im Werte von 0.50 Mark, gegen den ein Gedeck verabfolgt wird

Die Finanzlage bei Borfig.

Saß 29 Millionen Schulden.

Gestern fand die erste Gläubigerversammlung bei den Borfigwerken in Tegel statt. Ein endgültiger Status wurde von der Verwaltung noch nicht vorgelegt. Insgesamt sind an dem Verfahren 2670 Gläubiger beteiligt, deren Forderungen sich auf 14,3 Millionen Mark belaufen.

Von den gesamten Aktiven sind nur 5,6 Millionen Mark als frei verfügbar anzusehen, da die übrigen Aktiva bereits durch Abtretung oder besondere Sicherheiten vorbehaftet sind. Demgegenüber sind die Passiven weit höher als man bisher annahm. Sie erreichen fast 29 Millionen Mark, von denen die knappe Hälfte ungesichert ist.

Von dem Vertreter der Deutschen Treuhand A. G., der die Aufstellung des Status leitet, wurde noch mitgeteilt, daß die Umsätze der Borfigwerke in Tegel in den Jahren 1927/28 im Durchschnitt 42,5 Millionen Mark betragen, 1929 sehr stark auf 65 Millionen Mark stiegen, um 1930 auf 31 Millionen Mark zu sinken. Die verlustbringenden Abteilungen der Dampfzug-, Staubsauger-, Dieselmotoren- und Lokomotivbetrieb wurden liquidiert bzw. abgestoßen. — Der Vertreter der Treuhand A. G. erklärte zu der Betriebslage, daß es als ein Verhängnis angesehen werden müsse, daß die V. Borfig G. m. b. H. zur Zahlungseinstellung gezwungen war, als sie nach Liquidation der Verlustbetriebe einen Stand erreicht hatte, der ihr ein wirtschaftliches Arbeiten selbst bei verminderten Umsätzen ermöglicht hätte. Zur Zeit liegen noch Auftragsbestände im Werte von 12 Millionen vor, deren Abwicklung eine Belegschaft von 700 Mann bis zum Juli d. J. beschäftigen würde.

Brennabor-Vergleich gesichert.

Bei der Abstimmung der Gläubiger der Brennaborwerke in Brandenburg haben nach den bisherigen Feststellungen rund 90 Proz. der Gläubiger den Vergleichsvorschlag des Gläubigerausschusses angenommen. Die zur Annahme erforderliche Mehrheit betrug nur 75 Proz. Die endgültige Abstimmung findet am Freitag statt.

Landwirtschaft und Preisspanne.

Eine Diskussion im Rundfunk.

In der „Aktuellen Stunde“ unterhielten sich Dr. Baade (Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marketing) und Rittergutsbesitzer Schurig über das Problem der „Preisspanne“, über die Tatsache, daß der Landwirt für seine Produkte nur einen Bruchteil dessen erhält, was der Verbraucher zahlt.

Dafür gab Schurig ein interessantes Beispiel: er produziert auf 900 Morgen Blumentohl für Berlin und deckt damit 20 Proz. des Berliner Konsums. Für den Kopf Blumentohl, für den er etwa 9 Pf. erhält, zahlt die Berliner Hausfrau 30 bis 35 Pf. Diese Spanne müsse unbedingt zugunsten der Landwirtschaft gesenkt werden. Dr. Baade stimmte dem zu, wies aber darauf hin, daß die Landwirtschaft erst dann wieder höhere Einnahmen haben werde, wenn die Kaufkraft der breiten Massen gestärkt würde. Die Regierung sei seit Jahren bemüht, durch Aufklärung aller Beteiligten und direkte Eingriffe eine Ermäßigung der Preisspanne herbeizuführen. Gelungen sei das schon auf einem Gebiet: die durchschnittliche Bäckerpanne für ein Kilogramm Roggenbrot sei von 19 auf 14 Pf. (vor dem Kriege etwa 12 Pf.) gesenkt worden. In ähnlicher Weise zu wirken, habe der Preiskommissar außerordentliche Vollmachten von der Reichsregierung erhalten.

Die Schwierigkeiten einer Einwirkung auf die Handelspanne werden in einer sehr instruktiven Abhandlung von Professor Karl Brandt in Heft 7 der „Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung“ dargelegt. Infolge der sinkenden Kaufkraft sind die Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte, die nicht (wie Brot) zum Leben absolut notwendig sind, seit dem Jahre 1929 erheblich gefallen. Eine Senkung der Handelspanne, die von Erzeuger und Verbraucher gefordert wird, wird aber bei sinkendem Umsatz immer schwieriger, da viele Kostenbestandteile des Handels (Miete, Licht, Heizung, Zinsen) „fest“ sind; die Handelskosten je Wareneinheit erhöhen sich deshalb bei rückläufigem Umsatz. Andererseits zeigt sich bei Standardprodukten, wie z. B. Butter, bei denen die Käufer volle Aufklärung über Preis und Qualität erhalten, ein erhebliches Sinken der Handelspanne. Der Senkung einzelner Kostenfaktoren durch die vierte Notverordnung sieht leider die Erhöhung der Umsatzsteuer gegenüber. Wenn aber die Landwirtschaft zur Ausschüttung von Handelsunternehmen, die volkswirtschaftlich überflüssig sind, beitragen will, dann muß sie endlich das Problem der „Standardisierung“ ihrer Produkte, der Sortierung und Verbesserung der Qualität, lösen.

Für Streichung aller Kriegsschulden.

Nach den Leitern der Londoner Barclaysbank und der Londoner Martinsbank hat auch der Aufsichtsratsvorsitzende der Westminsterbank sich sehr energisch für die Streichung aller Reparations- und Kriegsschulden ausgesprochen. Die Behauptung, daß Deutschland pro Kopf der Bevölkerung die leichteste innere Schuld habe, sei kein Argument gegen die Streichung der Kriegsschulden, da diese den Wohlstand der Welt wiederherstellen und auch den Wohlstand Englands vermehren werde.

Der Präsident der kanadischen Bankenvereinigung führte aus, er sei davon überzeugt, daß eine Streichung der Reparationen und Kriegsschulden eine baldige Erholung des Wirtschaftslbens herbeiführen werde. Freilich müßten die Vereinigten Staaten die Inflation ergreifen.

8 300 000 Arbeitslose in USA.

Der Vorsitzende des amerikanischen Arbeiterverbandes, Green, schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 8 300 000. Er empfiehlt die Unterstützung der Arbeitslosen durch die Bundesregierung.

Internationales Arbeitsamt und Reallöhne

Lohnvergleiche sind den Unternehmern unerwünscht.

Das Internationale Arbeitsamt hat Ende 1929 auf Anregung und mit Hilfe finanzieller Mittel des amerikanischen Automobilfabrikanten Ford eine Untersuchung über die Lebenshaltungskosten in einigen europäischen Ländern in Angriff genommen. Die Erhebungen sollten Ford die Unterlagen für die zu zahlenden Löhne in seinen europäischen Betrieben liefern. In deutschen Unternehmerrreisen stand man diesem Plan von vornherein ablehnend gegenüber. Fürchte man doch, daß die Fordschen Lohnmethode eine neue, für die Arbeiterschaft günstigere Tendenz in die Lohnpolitik hineintragen könnten.

Die Ergebnisse haben die starke Antipathie der Unternehmer gerechtfertigt. Zeigt es sich doch, daß die Lebenshaltungskosten in Deutschland verhältnismäßig hoch sind, so daß bei der Umrechnung der Löhne in ihre reale Kaufkraft die deutsche Arbeiterschaft sehr schlecht abfindet.

Die Lebenshaltungskosten in Detroit, der amerikanischen Automobilstadt, gleich 100 gesetzt, ergeben sich nach den Erhebungen folgende Reihenfolge: Berlin 83—90, Antwerpen 61—65, Paris 80—87, Warschau 67, Manchester 71—74, Cort (Irland) 85, Rotterdam 65—68, Stockholm 99—104, Kopenhagen 83—91.

Diese Zahlen besagen an sich noch nichts. Erst in Verbindung mit den in diesen Städten gezahlten Nominallöhnen lassen sich die Reallöhne erkennen und vergleichen. Auf Grund der Löhne in der Metallindustrie, der ja die Fordschen Lohnuntersuchungen in erster Linie gelten sollten, die in einer anderen Statistik des Internationalen Arbeitsamts für die Zeit bis Januar 1931 vorliegen, kann man zu folgenden Ergebnissen gelangen: der Reallohn in amerikanischen Großstädten gleich 100 gesetzt, beträgt in Berlin 45,3, Antwerpen etwa 40, Paris 40,6, Warschau 45,3, Manchester 55,5, Cort 64, Rotterdam 62, Stockholm 68,5.

Mit Ausnahme Belgiens und Frankreichs, in denen also Anfang vorigen Jahres der Reallohn niedriger lag,

war der Reallohn der Arbeiter in den anderen europäischen Ländern sehr beträchtlich, teilweise um 25—50 Proz., höher als in Deutschland, in Amerika um mehr als das Doppelte.

Das ist für die deutschen Unternehmer natürlich ein unangenehmes Ergebnis, das durch den in Deutschland notenordneten Lohnabbau nur noch unerfreulicher geworden ist.

Vergleicht man unter den genannten Voraussetzungen die Lebenshaltungskosten in Detroit und Berlin für Nahrungsmittel, Kleidung, Miete, Heizung und Licht und Sonstiges, so ergeben sich folgende Zahlen:

	Detroit	Berlin
Nahrungsmittel	32,3 Proz.	47,9 Proz.
Kleidung	12,2	14,6
Miete, Heizung und Licht	28,6	16,9
Sonstiges	28,9	20,6

Demnach hat der deutsche Arbeiter einen wesentlich höheren Teil seines Einkommens für Nahrungsmittel aufzuwenden als der Amerikaner. Dagegen sind in Amerika die Aufwendungen für Miete, Heizung und Licht höher als bei uns. Woraus wieder sich ergibt, wie entscheidend für Lebenshaltungskosten die Preisentung bei den Lebensmitteln ist.

Es ergeben sich somit in den Reallohnvergleichen wertvolle Lohnargumente für die Arbeiterschaft.

Aus diesem Grunde haben die deutschen Unternehmer die Zurückziehung der bereits in englischer Sprache veröffentlichten Ergebnisse und nochmalige Überprüfung durch den zuständigen Ausschuss verlangt. Wertwürdigerweise hat sich das Internationale Arbeitsamt bereit gefunden, diesem Verlangen stattzugeben, was um so merkwürdiger ist, da es sich um Berechnungen der offiziellen statistischen Ämter handelt und nicht etwa um private Erhebungen. Eine Nachprüfung wird also an den Ergebnissen gar nichts ändern können. Höchstens doch durch die Verschleppung der praktische Wert der Erhebung wesentlich herabgemindert wird. Und das wollen gerade die Unternehmer. Wenn das Internationale Arbeitsamt einem derartigen Verlangen stattgibt, dann kann es einpacken. Dann darf es die Informationen aus offiziellen Quellen erst dann veröffentlichen, wenn sie überholt und entwertet sind.

Reichsbahn den Interessenten?

Die Reichsregierung muß sich entscheiden.

Im Verwaltungsrat der Reichsbahn, dessen Mitglieder von der Reichsregierung ernannt werden, sitzen gegenwärtig zehn Wirtschaftskapitäne und fünf höhere Beamte, aber nur zwei Arbeitnehmer. Die Vertreter der Hochfinanz und der Schwerindustrie v. Siemens, Silberberg, Klöner, Schmitz (W. Farben), Freiberger von Wilmsdorf, der Schwager von Krupp von Bohlen, usw., beherrschen dieses wichtigste Vermögen der Republik, ohne dessen Besitzer zu sein. Der ungeheure Einfluß dieser Großunternehmer, die als Großlieferanten oder als Großverfrachter an der Reichsbahn und ihrer Tarifpolitik stark interessiert sind, macht sich seit Jahren zum Nachteil der Konsumenten und der Arbeiterschaft bemerkbar. Die Wirtschaftsführer vertreten dort die mächtigsten Interessen, und deren Verfügung und Verschönerung geht soweit, daß z. B. acht dieser Herren neben ihrem Hauptberuf als Industrieführer, Konzernleiter usw. und neben ihrer Tätigkeit im Verwaltungsrat der Reichsbahn noch Zeit finden, insgesamt 140 Aufsichtsratsmandate zu vertreten.

Wie lange will die Reichsregierung diesen unerhörten Zustand noch dulden? Wann werden endlich die berechtigten und wohl begründeten Ansprüche der freien Gewerkschaften berücksichtigt? Glauben die maßgebenden Stellen, die Forderungen der Arbeiterschaft auch weiterhin übergehen zu können?

Die Arbeiterschaft hat nicht nur ein verfassungsmäßiges, sondern auch ein moralisches Recht, in dieser wichtigen Wirtschaftskörperschaft ausreichend vertreten zu sein. Der maßlosen Herrschaft der Interessenten, die, wie wir erfahren, auch jetzt noch nicht zufriedengestellt sind, muß im allgemeinen Interesse energisch Widerstand geleistet werden. Weil „Industrie und Handel“ noch nicht ausreichend vertreten seien, wird hinter den Russen mit sehr faden-scheinigen Gründen mächtig für Herrn Grund aus Breslau gearbeitet.

Die Reichsregierung wird genau prüfen müssen, ob sie bei der bevorstehenden Erneuerung des achtzehnten Mitgliederversamtes der „Wirtschaftsführer“, die — besonders im Hinblick auf die schweren Fehler der letzten Zeit — in keiner Weise gerechtfertigt ist, verantwortlich kann.

Konflikt im Versicherungsgewerbe.

Geschäft mit der Notverordnung?

Im Versicherungsgewerbe ist es zu ersten Differenzen wegen der Neuregelung der Gehälter in den einzelnen Versicherungsgesellschaften gekommen.

Die Tarifgehälter sind auf Grund der letzten Notverordnung generell um 15 Proz. herabgesetzt worden. Die Angestelltenräte veruchten aber in Verhandlungen mit den einzelnen Versicherungsgesellschaften zu erreichen, daß die Kürzung der Gehälter nicht in dem Umfange vorgenommen wird, wie es durch die Notverordnung vorgegeben ist. Sie verwiesen insbesondere darauf, daß im allgemeinen die Versicherungsgesellschaften trotz der Krise noch verhältnismäßig gut dastehen und durch ihre finanzielle Lage nicht gezwungen seien, die Gehälter generell um 15 Prozent herabzusetzen.

Einzelne dem Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsgesellschaften nicht angeschlossene Versicherungsgesellschaften haben den

Forderungen der Angestelltenräte entgegenkommen gezeigt und die Gehälter nur um 10 Proz., in einzelnen Fällen sogar nur um 7½ Proz. gekürzt. Nachdem auch einige dem Arbeitgeberverband angeschlossene Unternehmen diesem Beispiel folgten, hat der Arbeitgeberverband seinen Mitgliedern unter Androhung einer hohen konventionellen Strafe untersagt, mit den Angestelltenräten solche Vereinbarungen zu treffen.

Dieses Vorgehen des Arbeitgeberverbandes hat in der Angestelltenchaft des Versicherungsgewerbes eine starke Erregung ausgelöst. Der Zentralverband der Angestellten hat an den Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen ein Protestschreiben gerichtet, in dem er die Zurücknahme dieser Anweisung fordert, mit dem Hinweis darauf, daß auf Grund rechtstaxarischer Bestimmungen eine überörtliche Bezahlung der Angestellten ausdrücklich zugelassen ist. Es kann erwartet werden, daß der Arbeitgeberverband diesem berechtigten Verlangen nachkommt und eine Anweisung erteilt, die seine Mitglieder zwingt, mit der Notverordnung ein Geschäft zu machen, daß sie zum größten Teil gar nicht machen wollen.

Aufs Eis geführt.

Trübe Erfahrungen mit russischen Verträgen.

Beim Arbeitsgericht Berlin kommt es öfter vor, daß Arbeiter und Angestellte, die in Rußland Stellung annahmen und enttäuscht zurückkehrten, die russische Handelsvertretung durch die sie die Stellung erhalten haben, auf Schadenersatz verklagen. Meist erleben sie aber eine Enttäuschung, weil die Stelle, die für den Schadenersatz rechtlich herangezogen werden könnte, in Deutschland nicht zu haben ist.

Verlockend sind in den meisten Fällen die zahlenmäßig hoch erscheinenden Löhne, die zugesichert werden, wobei die Angeworbenen übersehen, daß der Lebensunterhalt in Rußland unvorstellbar billig ist als in Deutschland, so daß der zahlenmäßig hohe Lohn auf eine Stufe herabsinkt, die für deutsche Verhältnisse nicht mehr als ein Trinkgeld bedeutet. Dazu kommt oft noch, daß die vertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen nicht erfüllt werden. Wird man die Handelsvertretung verklagt, erklärt sie, nicht der verantwortliche Unternehmer, sondern nur dessen Vermittlungsstelle zu sein.

In anderen Fällen — und das trifft meist für höhere Angestellte zu — wird zwar vor der Handelsvertretung ein regelrechter Arbeitsvertrag abgeschlossen mit dem Bemerkten, der Vertrag werde erst rechtskräftig, wenn ihn der Oberste Volkswirtschaftsrat in Moskau genehmigt hat. Das sei jedoch nur eine Formalität, die gewiß erfüllt werde. Es ist schon öfter vorgekommen, daß Angestellte im Vertrauen auf diese Zusicherung nach Rußland reisten und erst dort erfuhren, daß der Oberste Volkswirtschaftsrat gar nicht daran denke, den Vertrag zu bestätigen und die Stellung deshalb nicht angetreten werden konnte. Ein solcher Fall beschäftigte dieser Tage das Berliner Arbeitsgericht.

Kläger war der Chemiker Geheimrat Schirakauer. Bei dem Mitglied der Handelsvertretung Wolkoff bewarb er sich um eine Stellung in Rußland. Sch. nahm dann Arbeit in Amerika an, die er aber aufgab, weil Wolkoff ihm schrieb, er könne jetzt eine gute Stellung bei dem Chemisch-pharmazeutischen Trust in Moskau bekommen. Sch. reiste nach Berlin, verhandelte mit Wolkoff, fuhr

Gegen häufig gefärbten Zahnelag sollte man unbedingt die berühmte Chlorodont-Zahnpaste benutzen; der Erfolg überläßt. Unter-Vorkriegspreise.

Das Rätsel:

„Was bringt Kaiser's Osterhase?“

— ist gelöst. Betrachten Sie unsere Schaufenster! Sie sehen darin neben den guten billigen Kaiser's Erzeugnissen unsere Oster-Überraschung. Die Einlösung eines mit roten Marken gefüllten Sparbuches vor Ostern 1932 sichert Ihnen ausser unserem Rabatt von 50% diese Osterfreude.



Auf zu KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT 1500 FILIALEN



JETZT

**WEISSE
WOCHEN**

HEUTE
beginnen unsere
**WEISSEN
WOCHEN**
Seit mehr als 3 Jahr-
zehnten die grösste
und beste Einkaufs-
möglichkeit für weisse
Waren aller Art • Seit
mehr als 3 Jahrzehnten
**DAS FEST DER
HAUSFRAU!**

Werner Richter: Schuß im Schreibtisch

Man weiß: Firmen, die sich auf Nationalisierung verstehen, beauftragen gern einen hierzu eigens ausgesuchten Angestellten...

Aus diesem Verlag gingen Postkarten hervor, wie sie das Volk damals verlangte, bromsüberne, zart betuschete Liebeszenern...

Niemand bemitleidete sie. Jeder in diesem Betrieb, darin sie gemüht hatte, als sei er schuld am Verlust des Krieges...

Beate schloß trummützig zur Straßenbahn hinüber. So also stand es: um ein Schwiegerknechtchen besser zu müssen...

Gleich grub sie auch zu Hause aus allerschrämmer Kommode unter Stöcken ungerösteter ländlicher Wäsche...

Wer im gleichen Augenblick kam ihr ein gänzlich neuer, unfröhlicher Gedanke, — mit dem sie daher nur langsam fertig wurde...

Daß sie am nächsten Abend als letzte im Büro blieb, fiel nicht auf; oft schon hatte sie nachts Belege sortiert...

Erst am 29. Juni brachte Schmidtke es fertig, Beate, feige schielend, zuaraunen, an allem sei nur Fritsche schuld; Fritsche glaube nun einmal, nur ein Mann könne ihren Posten ausfüllen...

Beate hörte diesen unaufrichtigen Trost nicht mehr, seitdem der Name Märzluft wie ein bitterlich betäubender Nadelstich ihr ins Hirn gestochen war; auch das also noch, — auch dieser Name also mußte — letzter Hohn des Schicksals — hier noch entweiht werden!

Schillers und Grillparzers gespielt hatte; zog er auf der Bühne den Degen, o, wie zerprang sie dann fast vor Wonne! Welch köstlicher Winter war das gewesen, weiß und golden von Schnee und Licht!

Spät abends lehrte Beate mit formlos aufgeschwollener Attentatsche noch einmal ins Büro zurück. Die Türen verriegelt, Bohrer, Säge, Eisendraht ausgetraut, machte sie sich an ihre arglistige Arbeit...

Der 30. Juni strahlte hell: Spitzengesirp durch offene Bürofenster mischte sich mit Schreibmaschinengeräusch. Schon auch röh Schmidtke die Tür vor einem jungen Herrn auf, dessen hübsche Hüften von Cutawanschönen festlich umschlossen wurden...

Der „ausgehulte“ Theaterdirektor

Die Drohsentartise in Paris gehören gewiß zu den billigsten der Welt, aber sie werden nach 11 Uhr nachts verdoppelt. Nun haben die Theaterdirektoren der französischen Hauptstadt kürzlich eine Eingabe gemacht...

Ein Jubiläum amerikanischer Friderie

Ein französisches Blatt erinnert daran, daß in diesen Tagen ein Vierteljahrhundert vergangen ist, seit Richard Strauß' Oper „Salome“ ihre Erstausführung an der Metropolitan-Opera in New York erlebte.

Schmidtke schwentke verlegen den Kneller an schwarzer Schmar: „Hier, Fräulein Rest, ist Herr Märzluft, Ihr Nachfolger.“

Gut, dachte sie, gut, wäre es nur bald so weit! Nur kein Mitleid! Oder hatte irgend jemand Mitleid mit ihr gehabt?

Aber da kamen Schmidtke und Märzluft schon zurück. War es so leicht? Mühte jetzt der Schlüssel heraus? — Nein, Schmidtke entnahm den Regalen, die hier wandhoch Musterkollektionen enthielten, einige Postkartenserien.

So leicht hingeworfen diese Worte auch waren, — schwer wie göttliche Hammerschläge fielen sie über Beate her; dieser Burche wollte sein Kind sein? — Und war es natürlich auch! — Ja, war sie denn blind gewesen; des einstigen Geliebten rosige Porzellanhaut war das ja, seine hübsche Hüfte, sein strahlenverwendendes Auge...

Nein, das durfte nicht sein, — lieber dann schon alles andere! Und mit zartem Wimmern, so daß alle im Büro verwundert aufstoben, stieß sie den Schlüssel ins Schloß, riß angestium an der Schublade, — und der Knall des eingepreßten Schusses schien das Haus auseinander zu sprengen.

Geschäft. Doch das Unglück schreitet schnell. Eine der Zuschauerrinnen, die der ersten Vorstellung beigewohnt hatte, war durch den Tanz der Salome und besonders durch die äußerst geringe Bekleidung der Tänzerin in ihrem Schamgefühl verletzt...

Die Stenographie der Römer. Die in Rom durchgeführten archäologischen Untersuchungen haben den Nachweis erbracht, daß die Römer schon 200 Jahre vor Christi Geburt ein ausgebildetes stenographisches System in Gebrauch hatten.

Die Kröte legt im Jahre etwa 11 500 Eier; erst jedes erste Ei ist leistungsfähig.

Gefror. Hafer-Mast. GÄNSE 55 per Pfund von Pf. an. Ferner frisches Geflügel zu den billigsten Preisen. Solange Vorrat reicht. IN FOLGENDEN SPEZIAL-GESCHÄFTEN: C., Zentralmarkthalle, N., Badstrasse 44, N., Schönhauser Allee 72a, SO., Dresdener Strasse 19, S., Kottbusser Damm 16; Charlottenburg: Wilmersdorfer Strasse 129; C., Reihe 12 Stand 623, N., Rosenthaler Strasse 36, N., Wichertstrasse 2, SO., Potsdamer Strasse 2, S., Blichstrasse 14; C., Reihe 12 Stand 582/83, N., Rosenthaler Strasse 67, N., Müllerstrasse 139; O., Grünberger Strasse 12, SW., Neukölln: Bergstrasse 161, C., Reihe 13 Stand 630, N., Invalidenstrasse 1a, NO., Grosse Frankfurter Strasse 70, Grosse Frankfurter Strasse 142, Ecke Fruchtstrasse, KÖpenicker Strasse 62; C., Reihe 13 Stand 643, N., Reinickendorfer Strasse 1, W., Weichselstrasse 3, M., Mainzer Strasse 16; C., Reihe 13 Stand 653, N., Reinickendorfer Strasse 12, N., Reinickendorfer Strasse 19, Friedenau: Rheinstrasse 24, Hermannstrasse 51, Hermannstrasse 63, Hermannplatz 4.

